

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Budau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Preis pro Stück 1 Pf. Für Inserate 15 Pf. für die Redaktion 17 Pf. für den Verlag u. die Druckerei 9 Pf. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 3.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.90 Mk., monatlich 4.50 Mk. ohne Bestellgeb. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gewöhnliche Nonpareilzeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk. Vereinstalender Seite 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 190.

Magdeburg, Dienstag den 16. August 1921.

32. Jahrgang.

Regelung der Mietzinsbildung.

Der dem Reichstag zugegangene Gesetzentwurf über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz) ist ein weiteres Glied in der Kette der Maßnahmen, die teils mit, teils ohne Erfolg ergriffen sind, um einer ungeunden Steigerung der Mietpreise vorzubeugen. Durch die Mieterschutzverordnung und durch das Gesetz über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel sowie durch die preussische Anordnung betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen ist bekanntlich den Einigungsämtern ein Einfluß auf die Festsetzung der Mieten eingeräumt und damit, ähnlich wie auf anderen Gebieten, auch auf dem der Mietpreisbildung die Zwangswirtschaft eingeführt.

Die Einigungsämter haben zweifellos vielfach einen hemmenden Einfluß auf die Mietpreise ausgeübt.

Die Mieten sind allgemein nicht in dem Maße gestiegen wie die Preise der zur Lebenshaltung notwendigen Waren. In der letzten Zeit hat sich aber, wie in der Begründung hervorgehoben wird, gezeigt, daß infolge des Fehlens fester, rechtsrechtlicher Grundsätze für die Berechnung der Mieten die Sprüchlichkeit der Einigungsämter und entsprechend auch die Steigerung der Mieten in den einzelnen Teilen Deutschlands, selbst innerhalb einzelner größerer Gemeinden, eine außerordentliche Verschiedenheit aufweist. Die bestehenden Bestimmungen haben sich zur Behinderung außerordentlich hoher Mieten nicht als ausreichend erwiesen, und es besteht die Gefahr, daß in einzelnen Orten in nicht allzuferner Zeit eine allgemeine, durch die Erhöhung der Unkosten allein nicht zu begründende Steigerung der Mieten eintritt, und daß die Mieten eine Höhe erreichen, wie sie auch bei unregelmäßiger Mietpreisbildung eintreten würde.

Für die völlig freie Wirtschaft auf dem Gebiete der Mietpreisbildung ist die Regierung erfreulicherweise nicht zu haben. Die Aufhebung jeder Beschränkung der Mietzinsbildung würde dazu führen, daß die Mieten in den vor dem Krieg erbauten Häusern solange steigen, bis sie sich den bei freier Preisbildung für Neubauten angemessenen Sätzen angeglichen hätten. Die Mieter und mit ihnen die gesamte Volkswirtschaft würde dann zugunsten der Hausbesitzer stark belastet werden.

Es ist durchaus anzuerkennen, wenn die Regierung die Mieter vor Mietsteigerungen schützen will,

die nicht in wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sind, sondern den Hausbesitzern darüber hinausgehenden Gewinn bringen würden. Wegen der zwischen Mietzins und Bodenwert bestehenden Wechselwirkung wäre die Folge der bei unregelmäßiger Mietpreisbildung eintretenden Steigerung der Mieten eine höhere Bewertung des Bodens, die dem Hausbesitzer eine höhere Belastung seines Grundstücks ermöglichen würde. Durch den Gesetzentwurf soll nun auf der einen Seite eine unbillige Belastung der Mieter verhindert, auf der anderen Seite

ein Ersatz der gestiegenen Selbstkosten zugebilligt werden.

Mit andern Worten: Mietsteigerungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig sind. Dies Ziel will der Gesetzgeber dadurch erreichen, daß zu der Friedensmiete, das heißt zu der am 1. Juli 1914 vereinbarten Miete, Zuschläge hinzutreten, die den gegenüber der Vorkriegszeit eingetretenen allgemeinen Zustandsänderungen Rechnung tragen. Die vielfach erhobene Forderung der Hausbesitzer, daß ihnen ein der Geldentwertung entsprechend höherer Betrag gewährt werden müsse, lehnt die Regierung grundsätzlich ab. Zu dem Zuschlag zur Friedensmiete kommt nun noch ein

besonderer Zuschlag für große Instandsetzungsarbeiten, wie Ausbesserung des Daches, Anstrich des Hauses u. dgl. Die sofortige Aufbringung so hoher Summen, wie diese Arbeiten beanspruchen, kann den Mietern nicht ohne weiteres zugemutet werden, denn die Folge wäre eine übermäßige Belastung der zufällig in reparaturbedürftigen Häusern wohnenden Mieter. Daher sollen die Mieten lediglich um die Beträge erhöht werden, die zur Verzinsung und Tilgung des zur Vornahme der großen Instandsetzungen notwendigen Kapitals erforderlich sind, während die Beschaffung des Kapitals selbst dem Hausbesitzer überlassen bleibt.

Ein Fehler des Gesetzentwurfs ist, daß er davon abläßt, die Zahlung der sogenannten gesetzlichen Miete

grundsätzlich zwingend vorzuschreiben.

Ist nämlich ein höherer Mietzins vereinbart, so mißt sich die Gesetzgebung so lange nicht ein, wie nicht eine der beiden Parteien die Zahlung der gesetzlichen Miete an Stelle der vereinbarten Miete beantragt. Wenn auch auf der andern Seite Vereinbarungen, die hinter der gesetzlichen Miete zurückbleiben, gleichfalls gestattet sind, so dürfte dieser Fall doch die Ausnahme bilden. In der Regel wird bei einer freien Vereinbarung eine höhere als die gesetzliche Miete zustande kommen, und die Folge davon ist, daß diejenigen Mieter, die es sich leisten können, auf diese Weise eher in den Besitz einer Wohnung gelangen als diejenigen, die lediglich die gesetzliche Miete zu zahlen imstande sind. In dieser Beziehung bedarf der Entwurf einer gründlichen Nachprüfung, da sonst die Gefahr besteht, daß der beabsichtigte Zweck durchkreuzt wird.

Sirisch, Staatsminister a. D.

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

In seiner letzten Sitzung hat der Oberste Rat Beschlüsse gefaßt über die Festsetzung der Besetzungskosten und über die Aufhebung der Sanktionen.

Die Besetzungskosten für die Truppenkontingente der Ententestaaten wiesen bisher gewaltige Differenzen auf. Der Oberste Rat sah sich infolgedessen genötigt, einen Einheitsfuß für alle Truppen festzusetzen. Man hat sich jedoch nicht einigen können und hat die Angelegenheit einer Kommission zur Regelung überwiesen.

In der Frage der Sanktionen hat man einen endgültigen Beschluß gefaßt.

Zu Beginn der Konferenz bestand die Gefahr, daß man um über Oberschlesien zu einer Einigung zu kommen, die Frage der Sanktionen als Handelsobjekt benutzen werde. Gab Briand in der obereschlesischen Frage nach, so war damit zu rechnen, daß Lloyd George in der Frage der Sanktionen einen Hlod zurücksteckte und umgekehrt. In der obereschlesischen Frage ist Lloyd George glücklicherweise festgeblieben. Wollte er Briand nicht allzu stark vor den Kopf stoßen und seine Stellung in der französischen Kammer haltlos machen, so mußte er in der Frage der Sanktionen nachgeben.

In der letzten Sitzung des Obersten Rates stellte sich der englische Außenminister Lord Curzon zwar anfänglich auf den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen aufgehoben werden müßten. Der französische Außenminister Doumer versuchte den Nachweis zu erbringen, daß eine Aufhebung der militärischen Sanktionen für Frankreich unmöglich sei. Angesichts des festen Willens der Regierung Wirth, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, stimmte Frankreich der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen zu. Allerdings nur unter der Bedingung, daß Deutschland die bis zum 31. August fällige Milliarde Goldmark rechtzeitig entrichte und falls die Waren der Verbündeten in Deutschland nicht boykottiert würden.

Der Oberste Rat beschloß daher, die militärischen Sanktionen bis zu seiner nächsten Sitzung aufrecht zu erhalten und die Frage dann aufs neue zu prüfen. Die wirtschaftlichen Sanktionen sollen bis zum 15. September aufgehoben werden, falls Deutschland seine am 31. August fälligen Verpflichtungen erfüllt und die von Frankreich geforderte Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen verfügt.

Die Konferenz des Obersten Rates hat also wenigstens einen Vorteil für Deutschland gebracht. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen entbehrt seit der Annahme der Londoner Forderungen schon jedweder Grundlage. Trotzdem hält man die militärischen Sanktionen noch aufrecht, zögert die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen noch immer hinaus und legt wieder neue Bedingungen.

Die erste Bedingung, die Zahlung der Milliarde Goldmark bis zum 31. August wird nach Mitteilungen der deutschen Regierung als gesichert angesehen werden müssen. Die zweite Bedingung jedoch, die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen, ist sehr bedenklich. Es schweben allerdings Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich, die darauf hinarbeiten, durch Bewilligung bestimmter Kontingente für die französische Einfuhr einen erträglichen Zustand herbeizu-

führen. Sollten diese Verhandlungen — wie zu erwarten ist — zu einer Einigung führen, so erföhre die zweite Bedingung eine erhebliche Milderung.

Es besteht also die Aussicht, daß die Rheinlande am 15. September von der Bollgrenze befreit werden.

Der Oberste Rat mahnt.

Am Sonnabend hat der Oberste Rat dem deutschen Geschäftsträger ein Schreiben über die oberschlesische Frage überreicht.

In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß der Oberste Rat sich bemühen wird, den durch die Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat hervorgerufenen Aufschub so kurz wie möglich zu gestalten. Bis zur Regelung der Frage rechnet der Oberste Rat fest darauf, „daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren“, die deutsche Regierung soll ihren mittelbaren und unmittelbaren Einfluß auf die oberschlesische Bevölkerung dahin geltend machen, daß „diese die Autorität der Interalliierten Kommission achtet“. Der Oberste Rat ermahnt die deutsche Regierung, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, „um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen im Abstimmungsgebiet zu fördern“, jede Zufuhr von Waffen und Munition und jeden Uebertritt von Banden zu unterbinden.

Ob diese Ermahnung auch an die Polen ergangen ist? Sie erscheint uns da viel nötiger gewesen zu sein. Bisher waren es doch vornehmlich die Polen, die die Unruhen in jenem Gebiet haben. Bei ihnen wäre die Ermahnung vor allem am Platze.

Wiederaufbau-Probleme.

In der „Betriebsrätezeitung“ erscheint ein wertvoller Artikel, der sich aus der Wiedergabe eines Vortrags von Professor Dr. Lederer vor den Berliner Betriebsräten und des wichtigsten Teiles der nach dem Vortrag gehaltenen Diskussion zusammensetzt. Der Vortrag des Professors Dr. Lederer wird später als Broschüre erscheinen. Wir geben zunächst die Kerngedanken in den Ausführungen Lederers wieder:

Seit 1913 ist eine bedeutende soziale Umschichtung erfolgt. Rentner, Mittelstand, Beamte sind in eine erheblich tiefere soziale Lage gekommen. Es handelt sich nicht etwa um einen zu starken Wendelschlag, der wieder zur Gleichgewichtslage zurückführen kann, vielmehr sind große Kapitalgewinne, ist der neuerstandene Reichtum fest geworden durch seine Anlegung in Produktionsmitteln. Es hat durch die Geldentwertung eine ganz gewaltige Expropriation stattgefunden. Dagegen ist der Verarmungsprozeß nicht nur zum Stillstand, sondern zur rückläufigen Bewegung gekommen, über Erwarten schnell ist die Wiederherstellung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte erfolgt. Die Flucht von Kapitalisten ins Ausland hatte einen sehr großen Umfang angenommen. Auch hier sehen wir eine Umkehrung; denn die gewaltigen ausländischen Guthaben bei unsern Großbanken sind offenbar in erheblichem Grade zurückgekommene deutsche Kapitalien. Die Kapitalisten haben wieder Vertrauen zur deutschen Wirtschaft.

Wir haben es einerseits in der Privatwirtschaft mit einem Aufbau der Kräfte zu tun, während das Reich umgekehrt seine Schulden ständig vermehren mußte. Nur durch Uebertragung umerz Besitzes an das Ausland helfen wir uns.

Bis jetzt haben wir die Schwere der Reparation noch nicht empfunden. Wir werden aber jährlich 150 bis 160 Milliarden aufzubringen haben, dadurch, daß der Staat selbst mittels Steuern auf einen entsprechenden Teil unserer Produktion Beschlagnahme legt. Aus dem Arbeitsertrag von zwei Personen müssen drei leben, da der Ertrag der dritten Person vom Staate beschlagnahmt werden muß. Werden zu hohe direkte Steuern erhoben, dann bedeutet das Konfiskation, wodurch der Anreiz zur Vermögensbildung wegfällt. Man schlägt die Genußsteuer, die die Erträge von Einnahmen aber bedeuten Steigerung der Warenpreise, bei gleichbleibendem Lohnsenkung der Arbeitsfähigkeit und deshalb auch Drois-

Wetung früher die steuerliche Belastung 5 bis 10 Prozent des Einkommens, so wird sie jetzt ein Drittel bis zwei Fünftel (also 30 bis 40 Prozent) betragen müssen, während wir früher stabile Währungen und Preise hatten, ist heute alles in Fluß. Deshalb hat die Belastung der Verbrauchsgüter und des Viehes nicht die Wirkung, die bei stabilen Verhältnissen unabweisbar eintreten müßte. Denn Einkommen und Preise werden jeden Tag neu bestimmt. Die Verteilung der Einkommen, der Kaufkraft ändert sich ständig, die Machtverhältnisse der Arbeiterklasse, die Schichten der Bevölkerung überhaupt üben einen erheblichen größeren Einfluß aus als die Steuerverhältnisse.

Vielfach wird behauptet, die Reparation sei überhaupt unausführbar, weil der Absatz für die deutschen Waren auf dem Weltmarkt in Höhe der Reparationsforderungen fehle. Das ist, theoretisch gesehen, nicht richtig; denn wir exportieren nicht nur Waren, sondern durch den gleichzeitigen Export der Devisen, die wir als Gegenwert erhalten, auch Einkommen für die Völker, denen wir die Waren zum Kauf liefern. Wir schaffen also die Kaufkraft in den Entente-Ländern. Dort wird der Steuerzahler entlastet, sein Einkommen steigt, seine Kaufkraft erhöht sich.

Nun haben wir aber noch eine Weltwirtschaftskrise, zu deren Beseitigung der Kapitalismus eine Hungerkur durchmachen muß. Zu hohe Gewinne, Aufschläge auf die Produkte hindern die Arbeiterklasse, die von ihr erzeugten Waren zurückzukaufen zu können.

Wenn wir die Reparation leisten wollen, und das müssen wir aus politischen Gründen doch tun oder wenigstens ehrlich versuchen, dann kann nur eine Kombination verschiedener Methoden in Frage kommen: 1. Einschränkung des Verbrauchs; 2. Steigerung der Produktion; 3. Verzicht auf Vermögensgüter, Verkauf volkswirtschaftlicher Substanz, Verkauf von Kapital an das Ausland. Ein vierter Weg, die Auswanderung, ist durch die Einwanderungsbeschränkung in fremden Ländern zurzeit undenkbar.

Werden die projektierten Steuern abgelehnt, so müssen eben Noten gedruckt werden, was nichts anderes als eine indirekte Steuererhebung bedeutet durch die Geldentwertung, so daß doch die Masse alles bezahlt.

Wollen wir aber unser Kapital, das heißt unsere Aktien, Hypotheken usw. verkaufen, so müssen wir bei der mangelnden Nachfrage nach Kapitalgebern auch sehr billige Preise dem Ausland stellen. Diese ungünstige Lage zu ändern haben wir zunächst keine Macht. Wir müssen daher mit einer Verringerung unserer Volkseinkommen rechnen — als Konsequenz der Zwangslage, welche uns zu Leistungen weit über unsere Fähigkeit hinaus nötigt. Was bedeutet diese Lage für die Arbeiterklasse?

Ein Unterwiesiger unserer Lage besteht heute darin, daß die Hauptlast der Reparation auf die Arbeiterklasse zu liegen kommt. Würde die Entente und lediglich Sachleistungen in großem Umfang auflegen, so wäre die Position der Arbeiter sozial sehr günstig und man könnte einen guten Schritt zur Sozialisierung hin tun. Eine sehr gefährliche Abwehrung ist die Planwirtschaft, denn der Sozialismus ist kein bloßes Organisationsproblem, sonst wäre jede Kaserne eine sozialistische Gemeinwirtschaft. Die Folge der neuen Steuern werden soziale Kämpfe sein, weil jeder verhindert wird, die Lasten abzuwälzen. Daher erwarten uns schwere soziale Auseinandersetzungen.

Zur Frage der Planwirtschaft bemerkte in der Diskussion Dr. Striemer etwa folgendes: Die Herstellung einer sozialistischen Wirtschaft ist ein dreiteiliges Problem: 1. Herstellung einer planmäßigen Wirtschaft, die den höchsten Leistungsfaktor und Wirkungsgrad erreicht;

2. die Umwandlung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum; 3. die Beherrschung der Wirtschaftsführung durch die Volksgemeinschaft. Das Problem kann nicht mit einem Schlag gelöst werden. Heute sehen wir die Entwicklung einer kapitalistischen Planwirtschaft. Diesen wir diese Entwicklung, die die Gesetze des freien Marktes nicht zur Auswirkung kommen läßt, sich selbst überlassen? Nein, für die Reparation muß aber die Gütererzeugung gesteigert werden. Das wird nur möglich, wenn der Arbeiter mehr verdient und größere Arbeitsfreudigkeit gewinnen kann. Je besser aber die Produktion organisiert und ausgestattet ist, desto mehr kann der Arbeiter leisten und verdienen. Die Planwirtschaftler wollen die bestehenden Wirtschaftskörper unter die Kontrolle der Allgemeinheit stellen. Das ist praktisch möglich, wenn die gesetzliche Handhabe da ist. Die Volkswirtschaft ist ohne technisch-wirtschaftliche Durchorganisierung der Wirtschaft unmöglich. Für die Volkswirtschaft fehlen wichtige Voraussetzungen, weil andere Aufgaben zu erfüllen sind.

Professor Federer antwortete, die Planwirtschaft habe vielleicht in einer Zeit des Mangels an Waren Sinn; heute aber fehle nicht das Produkt, sondern der Absatz. Die Planwirtschaft könne sozial nichts aufrichten, da sie an der kapitalistischen Struktur der Volkswirtschaft nichts ändere. Dagegen könne jetzt durch steuerliche Belastung die Rationalität der Wirtschaft gesteigert werden.

Wilde Preistreibererei.

Die Freigabe des Handels mit Getreide hat zu handlichen Vorgängen auf dem Getreidemarkt geführt. Wilde Preistreibererei hat zu Preissteigerungen geführt, die den Weltmarktpreis längst überstritten haben. Eine Folge der Getreidepreiserhöhung ist ein verunahntes Anziehen der Preise für fast sämtliche übrigen Nahrungsmittel. Industrie und Handel richten sich darauf ein, von der Teuerungswelle, die über das deutsche Volk hereinbricht, die Geldströme sich beschützen zu lassen.

Zuletzt für die breite Masse des Volkes wird die Teuerung besonders in Bayern, das in vieler Hinsicht etwas billiger Preise hatte. Eine wahre Panik ist ob der wachsenden Preistreibererei entstanden, hat die Bevölkerung in größte Erregung versetzt und an einzelnen Orten zu Unruhen geführt.

Die bayerische Regierung hat deshalb an die Reichsregierung ein Telegramm geschickt, in welchem nachdrücklich ein Ausfuhrverbot verlangt wird, nachdem ein solcher Antrag bereits abgelehnt war. Das Telegramm lautet:

Getreidekauf in Bayern hat infolge Preistreibererei und unbeschränkter Ausfuhr Formen angenommen, die nicht nur die Preissteigerung, sondern auch die öffentliche Sicherheit gefährden. Bitte nur durch die in § 42 der Reichsverordnung beim Reichsernährungsminister eingeräumten Befugnisse möglich, vor der Gefahr zu warnen, nicht nur im dringenden Interesse Bayerns, sondern auch des Reiches liegt. Bekämpfung des heillosen handelsrechtlichen Chaos durch das Reichsernährungsministerium behaupte ich hier, aus weiten der politischen Folgen. Erhalte nachdrücklich Prüfung und gefällige umgehende Mitteilung des Ergebnisses.

Die bayerische Regierung war mit unter den Hauptschlechtern für die Freigabe der Getreidewirtschaft. Sie war am wenigsten den sozialdemokratischen Warnungen und Warnungen vor den Folgen der Freigabe zugänglich gewesen. Es ist ein durchaus unehrliches Spiel, wenn sie nun behauptet, die Verantwortung für die Folgen der mit

auf ihr Betreiben erfolgten Freigabe des Getreides ausschließlich der Reichsregierung aufzubürden.

Dem Reichsernährungsminister Herzog wird damit eine Lektion erteilt, die er nur zu sehr verdient hat. Er hat sich auf die bayerische Regierung gestützt, als er seine verwerfliche Ernährungspolitik durchführte und wird jetzt von ihr schmählich verlassen.

Das deutsche Volk — nicht nur das bayerische — muß jetzt aber an seinem Magen die Folgen dieser Art von „Politik“ verspüren.

Beamte und Gewerkschaften.

Die zwischen Beamten und Gewerkschaften geführten Verhandlungen zwecks Aufstellung einheitlicher Forderungen sind gescheitert. Über den Gang der Verhandlungen gibt der „Vorwärts“ eine ausführliche Darstellung. In den Verhandlungen nahmen die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes, der drei großen Eisenbahnarbeiterorganisationen, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und andere Organisationen teil.

Ein weiterer wichtiger Punkt würde eine völlige Ueber- einstimung erzielt. Einmütig wurde die Beseitigung aller Unterschiede in den jetzigen Teuerungszulagen und in den Zuschlägen zu den Kinderbeihilfen, wie sie durch die Aktion im letzten Januar entstanden waren, gefordert. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring und der Gewerkschaftsbund verlangten für die Arbeiter eine Zulage von 150 Mark pro Stunde oder eine

Erhöhung des Gesamteinkommens von 3600 Mark pro Jahr. Für die Beamten aller Kategorien wurde die gleiche Teuerungszulage von 3600 Mark gefordert. Diese Summe sollte dem pensionsfähigen Einkommen zurechnet werden. Der Beamtenbund hatte für die Rentengewaltigen einen Zuschlag von 8500 Mark pro Jahr für alle Beamtenkategorien gefordert. Dagegen wurde von allen anderen Organisationen Einspruch erhoben, da diese Forderung als zu hoch gegolten betrachtet wurde. Die Vertreter des Beamtenbundes gaben nach und erkannten die Forderung von 3600 Mark an. In der folgenden Plenarversammlung aber stellte er für seine Mitglieder eine Mindestforderung von 4200 Mark auf. Der Versuch, zu einem Kompromiß zu kommen, scheiterte, wodurch die Verhandlungen ein recht unerfreuliches Ende fanden.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring den zuständigen Instanzen für die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter, -angestellten und -beamten folgende Forderungen übermittelt:

1. für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage zum bewaffneten Teuerungszuschlag in Ostklasse B 10 Pf., C 20 Pf., D 30 Pf. und E 40 Pf. pro Stunde. — Gewährung einer weiteren allgemeinen Teuerungszulage in sämtlichen Lohnklassen in Höhe von 150 Mark pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge. — Erhöhung der Kinderzuschläge um 150 Prozent. — Vereinfachung entwerdender Mittel zwecks Erhöhung der Beiträge für den Rentenkompensationsfonds.
2. für Beamte: Angleichung der Teuerungszulage zum Grundlohn und zum Zuschlag an die Höhe der Ostklasse A. Gewährung einer gleichmäßigen Pension für die Rentengewaltigen zu Lage von 3600 Mark an alle Beamten einschließlich der Witwen und Pensionäre. — Angleichung des Teuerungszuschlags zu den Kinderzulagen an die Höhe der Ostklasse A;
3. die neuen Teuerungszulagen für alle Arbeiter und Beamten sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

Der Deutsche Beamtenbund jagte in einer Erklärung, daß für die Beamten die Höhe der Forderungen nicht so wichtig war wie die ihrer Gleichheit für alle Gruppen. Eine Erhöhung des Prozentsatzes der Teuerungszulage bezeichnet er „mit Rücksicht auf die allgemeine Notlage für die Beamtenstand (als) völlig unannehmbar“. Sehr schärfte er Stellung gegen die Art, wie die Verhandlungen von den christlichen und freien Gewerkschaften geführt wurden. Er will aus diesen den Eindruck gewonnen haben, daß „viele Kreise bereits mit maß-

Kleines Feuilleton.

Gesangsfest.

Ich habe es mir überlegt, ich will nicht hinfieren und jeden Tag verfolgen, wie er herumkriecht und wie er nicht brennt. Sondern ich will versuchen zu blenden, geschäftig von der Wirkung des Lichtes, die den Klang des Komrades' Gesangs und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund.

Dieser Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Magdeburger Sängerbund ist eine Vereinigung von über 10 hiesigen Vereinen, welche alle das Fortschritt haben, im Jahre 1919 bis 1920 ein gemeinschaftliches Gesangs- und Konzertprogramm und es überträgt, frohlich macht, dann von den drei Reichsministeren, den anerkanntesten 1920 Sängern, dem gemäßigtesten Programm, überhand nimmt im Wissen, lieber Vater, wer denn eigentlich das ganze Fest eingeleitet hat? Also das war der

Der Fund einer Venusstatue. Eine wunderbare Statue der Venus in vorzüglicher Erhaltung, die sogar den Kopf völlig unbeschädigt zeigt, ist, wie aus Rom gemeldet wird, bei den neuesten Ausgrabungen der Wälder von Cyrene gefunden worden. Die Cyrenaica im italienischen Nordafrika hat schon eine Fülle von Bildwerken und anderen Kunstgegenständen ägyptischer Kunst auf Licht gefördert. Die neue Venusstatue gehört zu den schönsten und wertvollsten Arbeiten, die bisher hier gefunden wurden.

Der deutsche Medizinbeamtenverein veranstaltet gemeinsam mit dem preussischen und bayerischen Medizinbeamtenverein am 10. und 11. September in Nürnberg eine Tagung. Welche über die Entwurfs zum Strafrechtsbuch geben Professor Dohle, Schulze und Professor Dr. Lohse, über die Gestaltung der staatsärztlichen Prüfung sprechen Professor Dr. Abel (Jena) und Straßmann (Berlin). Außerdem berichtet Professor Dr. Nippau (München) über die Seuchenbekämpfung und Medizinrat Dr. Bundt (Galle) über die Zukunft der öffentlichen Gesundheitspflege.

Der Vogelzug in der Schweiz. In einer eingehenden Untersuchung über den Verlauf der Vogelzugstragen in der Schweiz und die damit zusammenhängenden Probleme der Art und Weise, wie im Frühling das nach der Höhenrichtung zu vertrieben gestufte Land von den Sommerbrütern besiedelt und im Herbst allmählich verlassen wird, kommt der Züricher Zoologe Dr. A. Freyler zu dem Ergebnis, daß für die fünf Hauptstrahlungen, die sich in der Schweiz bisher mit Sicherheit haben feststellen lassen, sind für die einzelnen Arten, die auf ihnen wandern, in erster Linie die Ernährungsbedingungen bestimmend sind. Ist Nahrung vorhanden, daß eine Art auf bestimmten Wegen ihr Futter findet, so sehen wir ihre Vertreter auf getrennten Strahlen zum gemeinsamen Reiseziel ziehen; ist das nicht der Fall, so erweist sie sich an eine einzige Richtung gebunden. Im ganzen ist immerhin, trotz zahlreicher Einzelbeobachtungen, erst für 23 Arten mit Sicherheit die Einzugsrichtung bekannt, während über den Verlauf der Rückzugstragen sogar nur für zehn Arten sichere Daten vorliegen. Auf den viel erörterten Fragen, ob Witterungs- und Temperaturverhältnisse für die Verlegung des Ein- und Weggangs auf bestimmte Jahreszeitpunkte maßgebend sind, geht Freyler nicht ab, sondern bündelt. Er kommt aber zu dem Ergebnis, daß die Vögel sich an die Wetterlage so gut wie gar nicht zu bestimmen pflegen. Sie kommen und gehen, wenn ihre Zeit da ist. Diese ihre Zeit ist durch tief verwurzelte Instinkte an gewisse Jahreszeiten terminiert gebunden, so daß einzelne Arten, unbekümmert um die einzelnen Umstände, viele Jahre hintereinander an nämlichen Tagen in ihrem Wohngebiet zu erscheinen pflegen. Bedenkt man aber diese Termine einst so streng festgelegt worden sind, wissen wir nicht, wir haben nur zu vermuten, daß regelmäßig wiederkehrende Abläufe physiologischer Zustände in gewissen Organen ihnen diese Termine sehr spürbar verkünden und sie zwangsläufig nach Süden oder Norden fortziehen; mag die Außenweltlage sein, wie sie will.

Das Fest der Arbeiterturner.

Siegeende Jugend.

Die Arbeiterturnerschaft ist jung und bleibt jung. Ihre Organisation wirkt zwar schon drei Jahrzehnte, und in ihren Reihen stehen „alte Kämpfer“, denen das Silber aus dem Schopfe leuchtet, trotzdem ist die Turnerschaft so jung und wird auch nicht alt. Sie wird getragen von der Jugend, sie erneuert beständig ihre Kraft aus der Jugend. Das Kreisturnfest stand ganz im Zeichen einer lebensmutigen, kampfeifrigen Jugend. Kinder, Jünglinge, junge Mädchen bildeten die Züge, gaben dem Feste das Gepräge.

Vergleiche drängen sich auf mit dem Feste der deutschen Turner, das vor einigen Wochen hier gefeiert wurde. Bei den Deutschen gab es auch Kinder und junge Leute, das ist selbstverständlich, aber die Jugend beherstete dort — das zeigte sich besonders beim Festzug — nicht den Tag so vollkommen wie bei den Arbeiterturnern. Die Deutsche Turnerschaft ist das Vergessene, die Turninnee von gestern, die Arbeiterturnerschaft ist der aufsteigende Tag, Siegestag und stark leuchtet er schon über alle Höhen!

Es war ein Sieg gestern, nehmt alles nur in allem. Auch Petrus mit seinen Regenschauern konnte nichts daran ändern. Der Sieg einer gesunden Jugend über das Grämen unserer Zeit, über die brutale Not der Zeit. Dieser Schwung der Begeisterung, diese innere Kraft, die hier sich entfalten konnte, muß wirken, zum Segen der Menschheit, zum Segen des arbeitenden Volkes.

Es ist die Jugend der Arbeit gewesen. Schlank und gerade gewachsen, Stolz im Herzen, Frohsinn und Freude dazu. Sie ist die Zukunft, sie ist der Sieg. Sie steht zur Arbeiterschaft und trägt sie in starken Händen, bis aus allen Herzen wieder klingen:

Der Erde Glück, der Sonne Pracht! ...
Dem ganzen Volke sei's gegeben. ...

Der Empfang.

Bereits am Sonnabend in den Nachmittagsstunden trafen die ersten Gäste in Magdeburg ein. Die Abendzüge brachten dann weitere Turner und Turnerinnen in kleinerer und größerer Zahl, teils mit Fahnen, aus allen Ecken des Bezirkes nach Magdeburg. Die Magdeburger sorgten für einen würdigen Empfang. Musik war fast zu jedem Zug am Hauptbahnhof, und wie die frohen Weisen in den Straßen widerhallten, so froh zogen auch die Turner und Turnerinnen ein. Die später ankommenden Gäste wurden gleich zum „Konzerthaus“ geführt, damit sie dort an der Begrüßungsfeier teilnehmen konnten. Hier entwickelte sich bald ein frohes und bewegtes Leben, gab es doch manchen alten und treuen Turngenossen zu begrüßen. Die paar Abendstunden verbrachten viel zu schnell, doch was alles in den paar Stunden geleistet worden ist, davon unten mehr.

Der Begrüßungsabend.

Das war ein Trübel und Kubel, ein Suchen und Finden und eine Wiedersehensfreude. Eng und gedrängt sah man in den Sälen des „Konzerthaus“, und selbst der Garten füllte sich trotz der Abendkühle, nachdem die Gäste angekommen waren. In all den Gesichtern lag frohe Erwartung. Außerordentlich fanden sich mit ihren Quartiergebern ein und man genoss die wirklich guten Darbietungen der Kinder, Turner, Turnerinnen und Sängers. Bei jedem Mitwirkenden war das Bestreben, sein Bestes zu geben, und das wurde von den dankbaren Zuschauern und Sportgenossen durch spontane Beifallsbrüche anerkannt.

Besonders hervorgehoben mag werden, daß die Magdeburger Arbeiterturner es verstanden haben, in der verhältnismäßig kurzen Zeit einen Stamm Kinder und junger Leute turnerisch gut auszubilden. Das zeigen schon die Vorstellungen am Begrüßungsabend. Die Fußballabteilung des Turnvereins zeigte sich gegen einen Fußballspiel. Die Kinderabteilung der Siedeburger Turner zeigte Volkslänge. Eine junge Turnergesellschaft hatte sie eingeladen, hatte sich Zeit und Mühe lassen, die Zuschauer auch mit den schon so bekannten Volkstänzen zu erfreuen. Ein reiches Erfolg war den Kindern beschieden. Was sonst noch an Gütern geboten wurde, das vermag man kaum aufzuzählen. Am Namen des Bundesvorstandes begrüßte Genosse Reuche (Döbau) die Eröffnungsfeier. Im Namen der Stadt hatte Turninspektor Danforth die Anwesenden willkommen und wünschte der Arbeiterturnerschaft im Interesse der Entwicklung unserer Jugend ein erprobtes Arbeiten auch in Zukunft. Erst nach 11 Uhr trennte man sich in Erwartung des kommenden Tages.

Weden.

Freit euch des Lebens — — — So schmetterte das Wech durch die Straße und der Mann mit der großen Trommel schlägt mit voller Kraft auf das Halbfell. Was eilt ans Fenster. Die vor kurzem noch träumende Vorstadtstraße ist zu vollem Leben erwacht. Neugierig lugen die einquartierten Turnerinnen und Turner mit ihren Quartiergebern auf die Straße. Nun geht es rasch in die Kleider. Schon um 7 Uhr will man auf dem Turnplatz sein, um die Kräfte im frühlichen Wettkampf zu messen. Wer es nicht nötig hat, dreht sich noch einmal auf die andere Seite und vertritt sich auf den Nachmittags, da gibt es auch noch genug zu sehen. Die Musikkapelle, die das Weden besorgt, zieht durch andre Straßen und immer ferner klingt es: Freit euch des Lebens — — —

Der Sonntagvormittag.

War der Sonnabend nur dem Frohsinn und der Freude gewidmet, so galt es am Sonntag auf dem Schroteplatz zu zeigen, was man an turnerischen Leistungen durch dauernde Übungen ausführen kann. Der große, gewaltige Schroteplatz, auf dem sonst in vergangenen Zeiten die Söhne unsers Volkes zum Kriegsdienst vorbereitet wurden, gibt einer riesigen Turnhalle. Red reichte sich an Red und Barren an Barren; trotzdem kam es aber nicht vor, daß eins der vielen Geräte auch nur einen Augenblick leer stand. Was die Arbeiterturner an Kraft gezeigt haben, fand bei allen Zuschauern reichen Beifall. Die Mädchenaufübungen am Red konnten weniger gefallen. Man konnte bei dem Anblick der Übungen den Gedanken nichts loswerden, daß Neckturner für die Mädchen nicht die passenden Übungen sind. Bedeutend angenehmer wirkte das Barrenturnen der Mädchen. Energie, Kraft und Mut zeigte sich hier.

Das 75-Meter-Laufen der Turnerinnen wurde von dem am Sonnabend niedergelassenen Regen stark beeinträchtigt. Der Boden war weich und schlüpfrig, so daß oft schon beim Starten Schwierigkeiten zu überwinden waren.

Im allgemeinen bot der Schroteplatz eine prächtigen Anblick. Männer und Frauen, Jungen und Mädchen und ebenso die Kinder waren bemüht, ihr Bestes zu geben und zu zeigen. Die einzelnen Resultate können erst in der Mittwochnummer der „Volksstimme“ gebracht werden.

Der Festzug.

Am Sonnabend begrüßte die Magdeburger ihre Gäste mit Kindern. Die große Bühne im „Konzerthaus“ voll Kinder! In ihrer ganzen Breite, ihrer Höhe; überall Kinder im weißen Gewand. Der Festzug eröffnete auch wieder Kinder. Ein unübersehbarer Zug von Kindern. Das waren wohl an die zweitausend. Man denke: Zweitausend Kinder, mit all den Wellen an Wünschen, Freude, Lebenslust im Herzen, mit der göttlichen Ingeduld in den jungen beweglichen Gliedern, marschieren in Reih und Glied an der Spitze eines Arbeiterzugs. Solch ein frühliches Erleben bei den „Alten“, die in dichten Scharen „Spalier“ bildeten, gab es noch nicht.

Graue Wolken zogen über graue Häuser. Der alte Breite Weg aber fing an zu leuchten, als dieser weiße Zug der Freude kam. Es ging ein Singen und Schwingen durch alle Herzen. Es wächte im Volk, es bildete sich die Kraft, die eine helle Zukunft schafft.

Nach andre Vereine hatten Kinder mitgebracht. Die Kinderabteilungen, das sind „Erzengenschaften“ der Arbeiterturner im neuen Deutschland, auf die sie stolz sein können.

Sinter den Kindern zog aber das „große“ Turnvolk heran. Ein Zug der nicht enden wollte. Von Braunschweig, vom Harz, aus dem Mansfeldischen, aus dem Saalekreis, aus der Altmark. Wer zählt die Völker, nennt die Namen ... Der Vorbeimarsch des Zuges dauerte nahezu eine Stunde. 14 Fahnen und Banner wurden im Zuge getragen.

Als er sich auf dem Domplatz formieren sollte, kam ein böser Wabregen. Man fürchtete schon, das Fest werde durch diese unerwünschte Einmischung von oben ein vorzeitiges Ende nehmen und der Festzug gar keinen Anfang finden. Aber die Turner und Sportler ließen sich nicht irremachen. Schüttelten sich ein wenig die Tropfen aus dem Haar — soweit sie „hultlos“ waren — und stellten sich ruhig an ihren Platz. Die Arbeiterführer ergriffen durch ein Lied, dann setzte sich der gewaltige Zug in Bewegung. In beiden Seiten der Straßen bis zum Festplatz erwarteten ihn, trotz des ungünstigen Wetters, große Menschenmassen. Die arbeitende Bevölkerung wollte ihre Jugend sehen.

Massenübungen.

Auf dem weiten Platz vor der Vorturnertribüne stehen lange, lange Reihen, gebildet von weiß und blauweiß gekleideten Kindern: die Kinderabteilung des Magdeburger Vereins. Annähernd 1200 sind aufmarschiert. Ein Kommando, durch diese 2½ tausend Reine führt es, ein Wirbel von Befehl und Enten, dabei ein großes Abhören der Einheitsfahne. Bald stehen die

Reihen zu den Freiübungen ausgerichtet, Vorturner laufen noch hierhin und dorthin. Es wird „genau“ genommen. Die Kinder nehmen ihre Aufgabe ernst; sie sind immer bei der Sache. Ihre Freiübungen boten keine Bilder.

Die Kinder sprangen wie im Wirbelwind vom Platz, Turnerinnen marschierten auf. Sie führten Stabübungen aus. Ein neues Bild: Turner marschieren zu Freiübungen auf. Ueber 1200 sind beteiligt. Der Aufmarsch entwickelt sich schnell und exakt. Ueberhaupt muß der Leitung Anerkennung gezollt werden für die Art, wie sie technisch ihre Aufgaben zu lösen verstand. Vier große Abteilungen sollten Massenübungen ausführen. Die Abteilungen schnell in ihre Stellungen zu bringen, den Platz mit größter Beschleunigung und geordnet wieder freizumachen, das mußte gelöst werden. Die Lösung gelang vorzüglich. Den Schluß der Massenaufführungen bildeten Reckenübungen, die sehr fein zusammengestellt waren und gut ausgeführt wurden. Sie wurden von Turnerinnen ausgeführt.

Nach den Massenübungen gab es Wettkämpfe, Staffettenläufe usw. Das ganze Programm konnte leider nicht ausgeführt werden, das ungünstige Wetter hinderte vieles.

Die Arbeiter-Samariter.

Wo auch Arbeiter in kleinerer oder größerer Zahl zusammenkommen mögen, da fehlen unsre Arbeiter-Samariter nicht. Unaufgefordert stellen sie sich zum Dienst, für jeden Arbeiter-Samariter eine Selbstverständlichkeit. Wo es auch sein mag, zum Begrüßungsabend, am dem Schroteplatz, beim Festzug, überall sah man die Nimmermüden, erkenntlich an dem weißen Kreuz auf rotem Grund. Ungefähr 115 Kranken und Verletzten konnte Hilfe geleistet werden. Für ihre rasche, unermüdete Tätigkeit sei an dieser Stelle besonderer Dank.

Mit Trommeln und mit Pfeifen ...

Mit Trommeln und mit Pfeifen, so zogen sie ab zum Bahnhof, die Gäste der Magdeburger Arbeiter. Was hallte an den Häusern hoch und schlug zurück in die Menschen. Trommelschlag geht ins Blut, reißt zusammen, den Turnern sah man es an, die truppweise mit gerollter Fahne dem Tambour folgten, und den Menschen sah man es an, die in den Fenstern standen oder die Straße säumten, die einen fragend erstaunt, die andern freudig und stolz. Und wenn einer vom Bahnhof kam und fragte, was das bedeuten sollte, dem wurde oft genug in demonstrativer Tone die Antwort: „Freie Turner, die vom Kreisturnfest kommen ...!“

Zum Abschied.

Wenn diese Zeilen ins Land eilen, werden viele Turngenossen und -genossinnen, die der Sonnabend und Sonntag in den Mauern unsrer Stadt festlich vereinte, wieder an ihrem alten Arbeitsplatz beschäftigt sein. Aber die Freude über die gemeinsam verlebten Stunden wird noch lange in ihnen nachklingen und ihnen hinweghelfen über die mühselige Kleinarbeit manch grauen Alltags.

Wider Erwarten groß war die Beteiligung der auswärtigen Genossen. Aus Braunschweig, Anhalt und der Provinz Sachsen, von der Weser und der Saale, waren sie herbeigeekelt, um an dem Feste der Arbeiterturner teilzunehmen. Kein äußerlich sah man der Stadt, das mag mit einem leisen Bedauern gesagt sein, die Freude über ihr Kommen nicht an. Darin war Dielefeld, wo die Arbeiterjugend sich kürzlich versammelte, uns weit über. Aber das Fehlen der Fahnen hat der sprudelnden Begeisterung unsrer Arbeiterturner keinen Abbruch getan. Im Gegenteile, wenn man sah, mit welchem Mut und welcher Zuvorsicht manch alter Turnveteran die alten Kampflieder sang, dann mußte das für die Jüngern ein Ansporn sein, in Zukunft es ihnen gleichzutun.

Das Fest selbst verlief in allen feinen Teilen programmäßig. Nur am Sonntag drohte eine Laune des Wetters zu mächtig zu machen, was in mühseliger Kleinarbeit vorbereitet war. Aber trotz des kurz vor Abmarsch des Festzugs niedergehenden Regens wurde er zu einer wichtigen Demonstration für den Sozialismus.

Nun sind die Stunden der Freude dahin. Schwere Kämpfe stehen dem werktätigen Volke bevor, in denen es mühsam Erzeugnisse tapfer verteidigen heißt und die Bahn freimachen für das Glück seiner Kinder und das Werden einer bessern Menschheit. Schöpfen wir aus den vergangenen Stunden die Kraft, allen Anfeindungen trotzig zu widerstehen. Die Arbeiterturner nehmen an diesem gewaltigen Ringen regen Anteil. Sie wollen alle den Sozialismus und mit ihm die neuen, sozialistischen Menschen.

Provinz und Umgegend.

Der Arbeitsmarkt im Juli.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt berichtet: Die Besserung der Arbeitsmarktlage hielt an. Diese Tatsache findet ihren Ausdruck in dem weiteren Rückgang der Zahl der unterstützten Erwerbslosen. Während Ende Juni 6675 gemeldet wurden, waren es Anfang August nur 4895. Hiervon kamen auf den Bezirk Magdeburg 3622 (4106) auf Merseburg 460 (1438), auf Erfurt 744 (903) und auf Anhalt 169 (226). Das günstige Ergebnis im Regierungsbezirk Merseburg ist überwiegend auf die Wiederbeschaffung von Arbeitskräften in die Landmanufaktur zurückzuführen.

In der Landwirtschaft herrschte infolge der Ernte sehr große Nachfrage nach ledigen Kräften. Für nicht zu befallende Mädchen wurden vielfach Verträge vermittelt, doch konnte auch dadurch nicht der Bedarf der Güter völlig gedeckt werden. Die Verträge bewährten sich. Die gemeldeten offenen Stellen für Arbeiter- und Freischweizer konnten nur zum Teil bedeckt werden.

Die Besserung in der Metallindustrie wirkte sich auf dem Arbeitsmarkt nicht aus. Die Verhältnisse in der Braunkohlenindustrie liegen wiederum zu wünschen übrig. Die Bergarbeiter des Bezirkes erhoben infolge dauernder Steigerung der Lebensmittelpreise neue Lohnforderungen. Die Industrie der Steine und Erden, insbesondere die Ziegelwerke, war gut beschäftigt. Die günstige Lage in der Metallindustrie bestand fort. Der Bedarf an Metallarbeiten konnte auch nicht aus-

nähernd gedeckt werden. Im zweiten Drittel des Juli besserten sich die Verhältnisse für die chemische Industrie, so daß Arbeitskräfte in größerer Zahl eingestellt werden konnten. Als sehr günstig war der Beschäftigung in der Textilindustrie zu besichtigen. Vereinzelt wurden Arbeiterinnen von Papierfabriken eingestellt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Lederindustrie, insbesondere der Handschuhfabriken, war infolge der guten Beschäftigung groß. Die Arbeitsmarktlage in Holz- und Schnitzstoffgewerbe ließ im ersten Drittel des Monats zu wünschen übrig, besserte sich jedoch dann wesentlich. Die Wiederbelebung des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes während des Juli hielt im allgemeinen an. Das Fleischer- und Reinigungsgewerbe entwickelte eine stark Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Bedarf an Schneiderinnen und insbesondere Schneiderinnen konnte nur zum Teil gedeckt werden. Eine Reihe kleinerer Schuhfabriken nahm ihren Betrieb wieder auf. Die sehr günstige Lage im Baugewerbe bestand weiter. Es fehlte an Maurern, Malern, Dachdeckern und Zimmerleuten. In einigen Fällen konnten ungelernete Arbeiter bei Malermeistern zum Erlernen untergebracht werden. Im Verbielfältigungsgewerbe war noch keine Besserung zu spüren.

Für die Betriebe des Handelsgewerbes waren die Vermittlungsmöglichkeiten im allgemeinen schlecht. Neben Provisionsreisenden und Ausschüssen wurden nur qualifizierte Kräfte verlangt. Der starken Nachfrage nach perfekten Genotypistinnen konnte nicht entsprochen werden. Unter dem Einfluß des guten Wetters gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit im Gärtnergewerbe äußerst lebhaft. In Anbetracht der oben genannten Verhältnisse herrschte Mangel.

Das Schiffahrtsgewerbe wurde durch die Trockenheit äußerst beeinträchtigt. Für Handels-, Transport- und sonstige Hilfsarbeiter boten sich Beschäftigungsmöglichkeiten. Hausgehilfen, besonders Stubenmädchen und Köchinnen, waren viel verlangt; infolge der Preissteigerung ging jedoch das Stellenangebot merklich zurück. Die Arbeitsmarktlage für Jugendliche besserte sich.

Parteiachrichten.

Diesdorf. Sozialdemokratischer Verein. Die Mitgliederversammlung findet am Mittwoch den 17. August abends 8 Uhr, bei Pösch statt. Hier wird die Wahl der Parteitagdelegierten vorgenommen.

Burg. Sozialdemokratischer Verein. Am Dienstag den 16. August abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Krause, Schartauer Straße, und bei Wilhelmshagen. Das Mitgliedbuch wird fertiggestellt.

Hirschleben. Volksverein. Donnerstag den 18. August abends 8 Uhr Parteiversammlung im „Prinz von Preußen“.

Kreis Wanzleben.

Diesdorf. 15. August. (Eine Landarbeiter-Versammlung) findet am Dienstag um 8 Uhr bei Pösch statt. Gemeindefachsekretär Steinke (Magdeburg) wird über unsre Wirtschaftslage und die Lohnsteuer sprechen. Zu diesem Vortrag sind auch alle anderen Gemeindefachsekretäre eingeladen. Jeder sorge für guten Besuch.

Langenweddingen. 15. August. (Der Arbeiter-Jugendverein) nimmt am 20. und 21. d. M. an der Seidenschau des Bezirkes Lützen teil. Wir bitten unsere

gebenden Streben irgendwelche Normierungen getroffen haben und daß nicht über die Wünsche der Beamtenschaft eine Einigung erzielt werden sollte, sondern daß die Vertreter sämtlicher Richtungen der Arbeitergewerkschaften die zuvor gefaßten Beschlüsse dieser Organisationen den Beamtengewerkschaften aufzudrängen wollten.

Das Verhalten des Beamtengewerkschaftsbundes wird vor allem von den Eisenbahnergewerkschaften sehr scharf beurteilt. Es wird von Seiten der Arbeitergewerkschaften betont, daß sie nach sehr vielfacher Erwägung und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ihre Forderungen aufgestellt haben. Sie bewegen sich ausschließlich auf dem Boden der realen Verhältnisse.

Der „Vorwärts“ sagt dazu: Uns scheint, als mache der Deutsche Beamtengewerkschaftsbund im Augenblick dieselben Kränkheiten durch, die alle großen Gewerkschaften bestanden. Die Tatsache allein, daß er innerhalb weniger Stunden um über die Hälfte in seinen Forderungen zurückgegangen ist, zeigt, daß diese nicht sehr reichlich erwogen worden sind. Dieses Nachgeben des Beamtengewerkschaftsbundes und der dadurch erwachte Eindruck, daß hier vielleicht stark agitatorische Gründe mitsprechen, hat die andern Gewerkschaften mit aller Wahrscheinlichkeit in der Ansicht bestärkt, daß ihre Forderungen weit überlegter und deswegen erfolgversprechender sind.

Deutschnationale Fälscher.

Vor kurzem ging durch die deutschnationale Presse ein Artikel des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Dr. v. Dryander, der sich in schamloser Art und Weise gegen das Verhalten der sozialdemokratischen Beamten in Mitteldeutschland während des Märzaufruhes wandte. Dieser Artikel, der in der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ in Halle seinen Ursprung hatte, enthielt eine große Menge grober Unwahrheiten und Verleumdungen gegen unsere Genossen. Es sollte, wie diese Zeitung behauptete, das Gutachten des Abg. v. Dryander über den Märzaufruh darstellen.

Auf Grund der Anschuldigungen, die infolge dessen gegen den Abgeordneten v. Dryander in der Presse erhoben wurden, sandte er dem „Berliner Tageblatt“ folgende Verichtigung:

„Der auf der Reise erst verspätet zu meiner Kenntnis gelangte Artikel in der Abendausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom 2. August veranlaßt mich zu der Bitte, in Ihrem Blatte meiner Erklärung Aufnahme zu gewähren, daß ich dem Artikel der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ über sozialdemokratische Verleumdungen, wie sie in sämtlichen etwa fünf erschienenen Artikeln über Tätigkeit und etwaige Tätigkeitsergebnisse des Untersuchungsausschusses völlig fernstehe. Bei dem betreffenden Artikel, den ich bisher übrigens nur in den Auszügen anderer Zeitungen gelesen habe, handelt es sich wie Sie richtig ausführen, um eine im größten Umfang auf völlig selbständigen Gedankenengängen beruhende, sehr freie journalistische Würdigung des von mir in Drucksache 114 des Landtags niedergelegten, ausdrücklich im wesentlichen auf die Wiedergabe bestimmter amtlicher Informationen beschränkter Materials, das lediglich die Grundlage der Beweisführung abzugeben bestimmt ist.“

Diese Verichtigung beweist, daß sich die deutschnationale Presse nicht scheut, mit Hilfe einer bewußten Fälschung sozialdemokratische Beamte in der Öffentlichkeit zu beschimpfen. Sie haben sich ihrer linkssozialdemokratischen Wäber würdig gezeigt. Mit Lug und Trug, mit illegalen Mitteln bekämpfen sie ihre Gegner. Es scheint doch um ihre Geistesverfassung sehr traurig bestellt zu sein.

Die Republik ohne Republikaner.

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Eine kleine Sommerreise führte mich in das Gebiet zwischen Bielefeld und Hannover, also ich etliche Feststellungen machen mußte, die mir abermals kläglich zeigten, daß der Geist des republikanisch-demokratischen Deutschlands dem honetten Bürgerstum noch Genuß und Scheu ist. In Minden war gerade akademisches Turnfest; ein Wald von schwarzweißroten Fahnen, zahllose Fährtenländer in allen Farben — das geblühteste Auge entdeckte aber nicht ein einziges Mal die Farben der Republik. Selbst das städtische Amtsgebäude, das Rathaus, schien diese Farben nicht zu kennen. Es hatte zwar nicht schwarzweißrot geblüht, sondern die Stadtfarben aufgeschminkt; vor Schwarzrotgold schien es unüberwindliche Scheu zu haben. Doch wer will einer solchen vom Geiste des Schwertens beherrschten Stadt einen Vorwurf machen, wenn er gleichzeitig gewahrt, daß sich selbst in reichsadjunktionen Gebäuden 2 1/2 Jahre nach der Flucht Wilhelms 2. noch immer die Symbole des Monarchismus spreizen: in Wunstorf, an der Hauptstraße Köln — Berlin gelegen, fand ich im Wirtshaus 1. und 2. Klasse des Bahnhofs nicht weniger als fünf Kaiserbilder. Wunstorf wurde aber noch übertrumpft von Bückeburg; dort zählte ich im Wartesaal 1. und 2. Güte sogar acht Exemplare dieser Art. Der Wartesaal eines Bahnhofs ist ein öffentlicher Ort. Wir dürfen wohl an das Reichsverkehrsministerium die Frage richten, warum dieser monarchistische Unfug immer noch geduldet wird, und warum nicht längst allgemeine Anweisungen ergangen sind, diese Symbole verlustigeren Räten restlos zu entfernen. Wunstorf und Bückeburg bilden doch gewiß keine Einzelfälle.

Es ist geradeheraus gesagt, ein Skandal, daß solche Dinge überhaupt noch möglich sind. Zu erklären ist das aber daraus, daß sich die große Mehrheit der leitenden Beamten noch mit Wilhelm beim Wegelaufenen innig verbunden fühlt und die demokratischen Staatsformen mit ausbleibendem Haß beehrt. Etwas weniger Gümmlichkeit, etwas mehr Rücksichtslosigkeit muß solchen Erscheinungen gegenüber von denjenigen unserer Parteifreunde gefordert werden, die im Reich oder den Einzelstaaten in regierenden Stellen sitzen. Ich habe seinerzeit leider festgestellt, daß im Sitzungssaal des Reichsministeriums des Innern am Königsplatz im beherrschenden Mittelpunkt ein Kaiserbild hing. Ist es heute verschwunden? Wenn nicht, dann wird der jetzige sozialdemokratische Innenminister hoffentlich sehr bald dafür sorgen.

Vorhin sprach ich von Bückeburg. Dort hat man zwar im November 1918 den Fürsten abgesetzt, der Fürst aber und mit ihm das Bückeburger Bürgerium benehmen sich, als ob überhaupt nichts vorgefallen sei. Die Schaumburg-Lippische „Gesamtheit“ ist mächtiger als die offizielle Regierung dieses Ländchens, zumal der abgesetzte Fürst über gemaltige Vermögenswerte verfügt. In der ehemaligen Residenzstadt ist jeder zweite Geschäftsmann immer noch Sozialist, und mir wurde berichtet, daß vor einiger Zeit der Fürst, als er von einer längeren Reise zurückkehrte, vom gesamten Bürgerium höchst feierlich, mit Festzug, Ansprachen usw. empfangen worden sei. Dieses französische Blatt hatte schon recht, als es seinerzeit spottete, Deutschland sei eine Republik ohne Republikaner. Mit Ausnahme allerdings der Arbeiter, denen der republikanische Gedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist. In dem „fürstlichen Bad Eilgen“, ebenfalls Privateigentum des abgesetzten Fürsten von Schaumburg-Lippe, hatte ich übrigens ein recht bezeichnendes weiteres Erlebnis. Ich sprach mit einem der Wächter des Kurparks; der Mann redete dabei fortgesetzt vom „Herrn Major“, der dies und das befohlen habe. Auf meine Frage, ob denn der Kaiser-Badebetrieb militärisch organisiert sei, verständnislos Grinsen. Der Kurparkschutz ist ein pensionierter Offizier und läßt sich von seinen Untergebenen mit seinem ehemaligen Rang anreden. Die bürgerlichen Wächter tun selbstverständlich dasselbe. Der Geist des Monarchismus und der des Militarismus gehören untrennbar zusammen.

Notizen.

Die Grenze an der Unterems. Das Volkische Bureau meldet, daß die niederländische und die deutsche Regierung eine gemischte Kommission einberufen haben, die hauptsächlich in Berlin zusammenzutreten wird, um eine Regelung der Grenzfrage an der Unterems zu beraten.

Eisenbahnstreik in Kassel. In Kassel sind auf einigen Dienststellen der Eisenbahner in den Streik getreten. Nach einer W.-G.-Meldung wird der Dienst mit Hilfe der Beamten im wesentlichen aufrechterhalten.

Streik der hessischen Staatsarbeiter. Am 13. August früh ist ein Streik der hessischen Staatsarbeiter infolge Lohnminderungen ausgetreten. Die Technische Hochschule ist auf dem Gas- und dem Elektrizitätswerk eingeleitet worden. Auch auf dem Wasserwerk haben die Beamten den Dienst der Arbeiter übernommen. Infolge des Streikes war die A.-G. Weser infolge Strommangels gezwungen, die Werft zu schließen.

Verfahren gegen die Kappputschisten. Das Reichsgericht verfahren gegen die am Kappputsch beteiligten gemeinen Personen, darunter gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten von Jaqow scheint nunmehr allmählich in Ruhe zu kommen. Vom Präsidenten des Ferien-Strafens des Reichsgerichts ist wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erzählt, Zustellung der Anklage an die Beschuldigten zwecks Abgabe etwaiger Gegenerklärungen veranlaßt worden. Das Reichsgericht wird, sobald diese Erklärungen eingegangen sein werden, über die Eröffnung des Hauptverfahrens Bescheid fassen. Sobald der Eröffnungsbescheid ergangen ist, wird der Termin für die Hauptverhandlung angelegt werden.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in Eupen-Malmédy. Einem wichtigen Erlaß bringt das Amtsblatt „Eupen-Malmédy“ zur Kenntnis. Danach sind alle Güter, Rechte und Anteile derjenigen deutschen Staatsbürger, die am 10. Januar 1921 in Eupen-Malmédy keinen Wohnsitz hatten, zu beschlagnahmen. Ausgenommen sind diejenigen, die unter den Artikel 37 des Versailler Vertrags fallen (das heißt alle diejenigen in Eupen-Malmédy wohnenden Deutschen, die für Deutschland innerhalb 2 Jahre optieren).

Der englische Generalkonsul und die Leipziger Urteile. In der letzten Kommunikation des Obersten Rates hat der englische Generalkonsul seine Einrede über die verchiedenen englischen Fälle und über die in Leipzig gefällten Urteile mitgeteilt. Er stellt fest, daß England bis auf einen Fall keine Klage gegen den Leipziger Gerichtshof vorzubringen habe.

Depeschen.

Die Amsterdamer Internationale für Rußland.

Ab. Berlin, 15. August. Die am 13. und 14. August in Berlin versammelte internationale Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschlüsse angenommen:

Die Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die am 13. und 14. August in Berlin über die Hungersnot in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgischen Volk, insbesondere mit der leitenden Arbeiterkraft in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterkraft der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren und bestimmt zu diesem Zwecke das Folgende:

1. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen.
2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungsbeiträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der Organisationen, die sich an dem Hilfszweck beteiligen, zu zentralisieren.
3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beiträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt.
4. Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen, soweit möglich, zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden.

Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt. Eine Summe von einer Million Mark wird sofort aus den Mitteln des Internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ersucht, Vorstöße für diesen Zweck zu gemäßen. Mit dem roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu unerschütterlicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen. Zur Bekräftigung dieser Beschlüsse erklärt die internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angesichts der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht.

Es ist ein proletarisches Ziel, an dem die Arbeiter jeder Nation teilnehmen müssen trotz der Schwierigkeiten und der schweren Kosten, welche auf die Arbeiterschaft aller Länder drücken.

An der Konferenz nahmen außer dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Luxemburgs, Letlands und Deutschlands teil.

Völkerverbandsratssitzung vor dem 1. September.

Ab. Paris, 14. August. Vicomte Ribot, der Vorsitzende des Völkerverbandsrats, berät zurzeit mit den übrigen Mitgliedern über den Zeitpunkt des Zusammentretens des Völkerverbandsrats, der auf alle Fälle vor dem 1. September erfolgen soll.

Anschlag auf einen Güterzug.

Ab. Erfurt, 15. August. In der Nacht zum Montag entgleiste auf der Strecke Erfurt-Weimar in der Nähe der Wokstation Almannsdorf infolge eines von Brecherischen Anschlägen ein Güterzug. Die Lokomotive und 14 Waggons sind stark beschädigt worden. Personen sind nicht verletzt. In der Unfallstelle war eine Schiene vom Bahnkörper entfernt worden.

Ein Fort in die Luft gepflogen.

Ab. Bukarest, 15. August. Das Fort Catelu, welches einen Teil der Festungsmauer von Bukarest bildet, ist in die Luft gepflogen. Das Fort war mit Explosivstoffen und Munition voll gepflogen. Die Explosion dauerte die ganze Nacht hindurch bis zum Morgen an. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt.

Sehr hohe Stoffpreise zum Winter

228 sind nicht mehr abwendend. Die Neueinkäufe des Tuchhändlers tranken schon jetzt daran. Grund: Steigerung der Rohwolle um 80 bis 90 Prozent. Für die nächsten Monate treten verteuert hinzu die Kohlensteuer, erhöhte Umsatzsteuer und dringende nötige höhere Löhne. Jeder Gedanke an Verbilligung ist Phantastie. Ich lege keinen Wert darauf, mich zum Winter an Konjunkturgewinnen aus alten Vorräten zu bereichern, sondern setze meine kaufmännische Ehre daran, dem Publikum etwas wirklich Gutes zu billigsten Preisen zu liefern. Alles garantiert reine Wolle.

Blaue Cheviots für Damen und Kinder	Mark 60.—	Prima Anzugstoffe	Mark 110.—		
Melierte Anzugstoffe	Mark 55.— 65.— 75.— 85.— und 90.—	Prima Anzugstoffe	neueste Eingänge	Mark 125.—	
Damen-Kammgarn	Mark 100.—	Damen-Seidentuch	Mark 120.—	Feinster Marengo und blauer Cheviot	Mark 140.—
Allerneueste Eingänge an schweren englischen Anzug- und Mantel-Dessins	Mark 140.— bis 150.—				

Meine enge Verwandtschaft mit großen Tuchfabrikanten gestattet mir, Angebote von beispielloser Preiswürdigkeit zu bringen.

FRED PELZ G. m. b. H. Schopenstrasse 1a (3. Haus vom Breiten Weg) **Verkauf 8-6 Uhr.**

Kartoffelverkauf Bahnhof Südost Morgen, 16. August, geben preiswert gemertete ab Hillmer & Wullstein Postfach 2021	Reparaturen an Nähmaschinen aller Systeme, sachgemäß und billig Gerwisch b. M., Brentkestraße 10	Sehr erhöhte Preise für Ferngläser — Seib. Coetz — zahl M. Laufer, Peterstr. 2.	Alle Sorten Tierhaare kauft Liebenow & L., Sternstr. 29.
--	--	--	--

Die hohen Butterpreise sind behoben

bei Verwendung unserer geschäftlich geschützten Fri-U-Margarine.

Bei den jetzigen hohen Butterpreisen empfehlen wir ganz besonders unsere verfeinerten Qualitäts-Margarine-Marken



idealer Butterersatz der Gegenwart. Die Qualitäten sind so vorzüglich, daß sie die Molkereibutter entbehrlich machen, aber noch nicht einmal die Hälfte kosten.

- Fri-U 1. Qualität** Pfund Mk. **15.00**
- Fri-U 2. Qualität** Pfund Mk. **13.50**
- Haushalt-Margarine** Pfund Mk. **11.00**

Vereinigte Butter-Spezialgeschäfte

für erstklassige Qualitätsware zu alleräußersten Tagespreisen.
23 eigne Verkaufsstellen

Butter-Zentrale **A. H. Völker**

— Richard Pagemann —
Kontor und Lager: Große Marktstraße 22. Fernsprecher 1759. — 12 Verkaufsstellen.
 — Breitenweg 85
 — Pfälzerstraße 4
 — Obenstedter Straße 81
 — Große Diesdorfer Straße 2
 — Schürstedt: Breite Weg 2
 — Bernburger: Breite Straße 13
Schönebecker Str. 100
Halberstädter Str. 107
Obenstedter Straße 32
Erasmusstraße 7
Ecke Seumarkt
Stadtfeld-Deppoldshall
Duerstraße 6
Stadtfeld: Steinstraße 28
Kontor und Lager: Grünearmstraße 9 u. 10. Fernsprecher 1406. — 11 Verkaufsstellen.
Alter Markt 3/4
Jacobstraße 5
Jacobstraße 21
Sußab-Adolf-Str. 39
Grünearmstraße 9/10
Breitenweg 252
Schönebecker Str. 108a
Halberstädter Str. 41
Obenstedter Str. 49a
Schöpferteichstraße 62
Annahstraße 49 2398

Konzerthaus

Leipziger Strasse 62

Dienstag den 16. August

Großes Extra-Konzert

verbunden mit

Riesen-Brillant-Feuerwerk

ausgeführt von der Kunstfeuerwerkerin Albertine Rennebarth — assistiert vom Pyrotechniker P. Schwiegerling (Berlin). —

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

2303

Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Volkstheater Stephanshallen

Dir. Rich. Froberg.
 Diese Woche (15.—21. Aug.)
Die Haubenlerche
 Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.
 Am 5. Abt. Ende 11 Uhr.
 Aufführung wochentags 7 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
 Vor der Vorstellung und in den Zwischenpausen
 Künstlerkonzert.

Städtische Theater. Wilhelm-Theater.

Abendstück
Die Scheidungsreise.
 — Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. —
Victoria-Theater.
 Dienstag den 16. August
Luderchen.
 Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Erwachsene Leschi

Egls Anatomie
 Der 2307
Mensch
 Magdeburg
 Freundschaftssaal
 Prätianstraße.
 Außerdem die Original-Mumie Julia Pastrana.
 Täglich von früh 9 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.
 Eintritt 2 Mark.
 Täglich für Damen und Herren.
 Nur noch wenige Tage!

Grammophon-Reparaturen

Veranstaltung — Schallplatten-Reparaturwerkstatt Wölffertstr. 6.



Noch ist es Zeit

für Sie, sich den großen Sensationsfilm
20 000 Meilen unter See
 anzusehen.

Eilen Sie,

ehe es zu spät ist. Der Film läuft nur noch bis einschließl.

Donnerstag.

1/1 Weißwein-Flaschen

Rognon, Rotwein, Sekt, Milch sowie sämtliche 1/2, 3/4 und 1-Liter-Flaschen

Altpapier | Altmetalle

Zeitungen, Zeitschriften, Altpapier, Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Geschäftsbücher sowie sämtliche Papiere und Pappabfälle sowie sämtliche Sorten Lumpen
 kauft zu den höchsten Tagespreisen

Magdeburger Abfallsammlung

Große Münzstraße 13 (Eingang Kutischerstraße) und Halberstädter Straße 130 (Eing. Eudenburgstr. 274) früher Sorger & Freund
 Telefon 2094. Telefon 2094.
 Abholung erfolgt kostenlos durch unsere Gespanne.

Eismaschinen

in allen Größen und zu billigsten Preisen ständig 1949 am Lager bei
Steinisch & Thormeier,
 Eudenburgstr. 2.
 Fernsprecher 2882.

2 Hänge 1 Paletten, gut erhalten, verl. Kumband, Eißlerbrücke 36

Kleinkunstbühne Hohenzollern

Räthe Schmieden
 eruchtet allabendlich
 Lachstücke über
 Lachstücke.

Hofjäger

Täglich abds. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
 Die her. Orig.-Leipziger
Fritz-Weber-Sänger
 Das wunderb. Singspiel
 Nach der Parodie
 und die tolle Komödie
 Karloffel u. Soring
 das b. große, bunte Singspiel
 und das Singspiel
 Der göttliche Fräulein.

Sonntag, d. 14. August
 bei 6. Ed. Wollschläger
 Singspiel: „Die Schöne“
 Ged. von Max. Dienstag,
 Mittwoch u. Donnerstag,
 nachmittags 4 Uhr
Kaffeekonzert
 mit Vorträgen
 Singspiel
 Der göttliche Fräulein
 Singspiel in 3 Akten.

Fürstenhof-Prunksaal.

Heute Dienstag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr zum ersten Male:
Das großartige neue Programm!
Gastsp. Lotte (Lotti) Werkmeister
 der weibliche Kobold
Stollson
 Der Mann u. den geheimnisvollen Handschuh.
 Westler und Krawatten.
E. u. E. Harrys
 die große exotische Tanz-Attraktion.
Karrera
 Parodist und Verwandlungsschauspieler.
Otto Bergmann
 Instrumental-Künstler.
Dr. Angelos
 lebende Porzellan.
Rudi Horky
 der beste Interpret moderner Schlager.
2 Figinis
 die elegant. Phlegmatiker

Lichtspielhaus Panorama.

Von heute bis einschließl. Donnerstag läuft der große Sensationsfilm „Das Haus der Qualen“. Unter der Zahl der Filme, die als Sensationsdramen über die Leinwand hinführen, nimmt dieser Sensationsfilm unweifelhaft einen Rang ein, der ihn weit über den Durchschnitt des besten heute in diesem Genre geboten zu werden pflegt. Die Remoines des blauen Dr. Griffith sind gut inszeniert, vorzüglich gefilmt, mit guten Aufnahmen versehen und spannend zu Ende geführt. Im Gegensatz zu Filmen ähnlicher Art handelt es sich hier nicht um die willkürliche Aneinanderreihung einiger loser Szenen, die um ein paar Sensationsbeurteilung bedacht sind, sondern um die lotharischen Aufbau einer gut erfundenen, tragisch endenden Geschichte, in die die aufregenden Eindrücke, wie aus dem Verlauf der Ereignisse resultierend, sehr geschickt eingeflochten sind. Der bekannte Kompositur Schneider ist mit seinen 26 Bildern, die in diesem Film eine mehr als wirkungsvolle Staffage bilden, eine an sich sehr wirkungsvolle Schaumnummer, deren Einwirkung in die Geschichte der Regie alle Ehre macht. Nimmt man hierzu noch das vorzügliche Einzel- und Zusammenwirken der nomastischen Darsteller, die passende gewählte szenische Ausstattung, die Strafe, den Manuskriptstoff voll beherrschende Regie und die brillante photographische Wiedergabe der Bilder, so ergibt sich insgesamt eine künstlerisch wertvolle Leistung, die mehr als die übliche Achtung verdient und für uns Deutsche einen hervorragenden, erfolgreichen, gut erdachten und prächtig inszenierten Sensationsfilm buchen läßt. Fritz Kortner, Ressel Orla, Mabel Wappeng und Charles Willi Kaffer sind neben zwei chinesischen Darstellern die Träger der Hauptrollen, die sie glänzend verkörpern.
 Das zweite Bild, „Der unsterbliche Gast“, ist wie das erste vom Anfang bis zum Ende gut erdacht und fest und unter Friedrich Zeinits Regie hervorragend inszeniert. 107

Sie haben den Verkauf von Volksmühl-Stiefeln

übernommen. Diese sind von Reichs wegen hergestellt, um die armen Bevölkerung mit billiger Fußbekleidung zu versehen. Es kommen von heute an keine neuen mehr an. Selbstverbraucher zu den von der Absichtungsstelle festgesetzten Preisen zum Verkauf.

- Knaben- und Mädchen-Stiefel 27-30 49.00
- Knaben- und Mädchen-Stiefel 31-35 54.00
- Burischen-Stiefel 36-40 69.00
- Herren-Stiefel 79.00



Breitenweg 193/194
 gegenüber der
 Steinstraße
 auf dem Hof 1 Droge

Stadt Loburg Kaffee-Konzert.

Heute nachmittags: 2390

Hofjäger

Mittwoch den 17. August:
Das Fest der Künstler
 arrangiert von der
 Orchestergruppe der Internationalen Künstler-Liga
 bedeutet ein fröhliches Zusammensein
 kompl. Darbietungen
 Kabarettbeiwirk — Ball — Sauer-
 Anwesenheit — Musikkonzert — Aus-
 feierung und weitere Lieberdarbietungen.
 Beginn der Vorbereitung
 der Darbietungen
Fritz-Weber-Sänger
 Singspiel
 Der göttliche Fräulein
 Singspiel in 3 Akten.
 Beginn der Vorbereitung
 der Darbietungen
 Singspiel
 Der göttliche Fräulein
 Singspiel in 3 Akten.
 Besuchen Sie das Fest der Künstler in
 feierlicher Stimmung bei
Hofjägers

ZENTRAL-THEATER

Täglich 7 Uhr
Die lustige Witwe
Bunte Bühne
 (Theater-Restaurant)
 Täglich 8 Uhr
Das brillante August-Programm
 Hans Rießer 3-9
 der beliebte Sommerhit, in
 seinen neuen Schlägern
 Neu!
 John Rad und Gerda
 humoristische Sportspiel.
 Große Herzog
 die bel. Operndarstellerin
 mit neuen Singspielen
 ferner die weiteren Kunst-
 kräfte mit beständig
 neuen Darbietungen!

Kammer-Lichtspiele

Bis einschl. Donnerstag
Original-Indische Aufnahmen
Baghira
Der indische Panther
 Großartiger Abenteuerfilm in 6 Akten.
 Der Film enthält u. a. Elefantenkämpfe in
 Indiens größter Arena.
 Der Meister der Sensationen
Luciano Albertini
 in
Der Schützling des Todes
 Prachtiger Sensationsfilm in 6 Akten.
 Anfang der Vorstellungen:
 Montag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Kritik am Programm-Entwurf.

Zu früh veröffentlicht.

Sogleich nach der Veröffentlichung des Entwurfs zu einem neuen Programm der deutschen Sozialdemokratischen Partei (siehe „Volksstimme“ Nr. 165 vom 17. Juli) setzte in den Organen der Partei eine lebhafteste Kritik ein. Die Kritik ist notwendig und die Mitglieder der Programmkommission und der Unterkommissionen — es sind über 60 Genossen und Genossinnen — werden die letzten sein, die annehmen, daß kritisch hingenommen werde, was sie den Parteigenossen als einen Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm unterbreiten. Ein großes Unrecht ist diesen Genossen aber geschehen, als der Entwurf veröffentlicht wurde, ohne daß zu gleicher Zeit auch der Kommentar dazu vorlag. Jetzt erst ist der Kommentar für die breite Masse der Parteigenossen zugänglich gemacht worden, und damit ist auch die Grundlage geschaffen, auf welcher eine wirksame Kritik allein aufgebaut werden kann. Wir empfehlen den Parteigenossen dringend, sich sofort den Kommentar anzuschaffen. (Buchhandlung Volksstimme, Preis 6 Mark.)

Gerechterweise mußten wir mit der Wiebergabe der inzwischen bekannt gewordenen Kritiken warten, bis es den Parteigenossen möglich war, an Hand des Kommentars nachzuprüfen, wie weit sachlich die Kritik berechtigt erscheint. Der veröffentlichte Entwurf allein ist dazu nicht geeignet. Wir bedauern, daß nicht überall die gleiche Zurückhaltung beobachtet wurde, nicht die gleiche Rücksicht auf die Mitarbeiter und Mitglieder der Programmkommission genommen wurde. Es ist dadurch eine erregte und gereizte Stimmung entstanden, die einer fruchtbaren Arbeit sicher nicht günstig ist.

Wir freuen uns unserer Zurückhaltung um so mehr, als im jüngsten Heft der „Neuen Zeit“ (Nr. 19) Genosse Cunow mitteilt, daß der Entwurf noch gar nicht fertig war. Er schreibt in einem Aufsatz „Zur Kritik des Programm-Entwurfs“ folgendes:

Der Programm-Entwurf ist also nicht fertig. Er hat noch gar nicht die Form und Fassung, in der er dem örtlichen Parteitag vorgelegt werden soll. Ich halte, offen gestanden, diese vorzeitige Veröffentlichung für verfehlt. Der Parteivorstand hätte ruhig noch drei, vier, fünf Wochen mit der Verfertigung an die Parteipresse warten und dann ohne Beschönigung erklären sollen: „Infolge mißlicher Umstände kommt der Entwurf zu spät heraus für eine gründliche Diskussion in unserer Presse; aber da der örtliche Parteitag doch voraussichtlich eine Kommission zur Durchberatung wählen wird, bleibt nach dem Parteitag Zeit zu einer eingehenden Kritik.“

Wenn aus der Arbeit der Programmkommission und der nachfolgenden Diskussion etwas Brauchbares noch herauskommen soll, wird man auch jetzt noch nicht anders verfahren können. Der örtliche Parteitag soll den Entwurf zur Neubearbeitung zurückweisen und für die Organe der Partei steht dann ein ganzes Jahr zur Durchsprechung zur Verfügung. Die Schuld, daß die Debatte über den Entwurf in mancherlei Hinsicht recht unerwünscht geworden ist, liegt zweifellos an der vorzeitigen Veröffentlichung des halbfertigen Entwurfs, womit gewissen Kreisen in und außerhalb der Partei eine allzu billige Gelegenheit zu noch billigeren Angriffen auf die Partei überhaupt geboten wurde.

Wir wollen zu unserem Teile versuchen, die Debatte in Bahnen zu lenken, die Fruchtbarkeit verspricht, die Freude an der Arbeit erhöht und nicht Erbitterung erzeugt. Wir geben zunächst eine Auswahl aus bemerkenswerten kritischen Darlegungen. Wir setzen dabei voraus, daß jeder Genosse und jede Genossin die Interesse am Werden des zukünftigen Parteiprogramms haben, den Entwurf und den Kommentar dazu zur Hand nehmen und versuchen, sich selbst über die kritischen Probleme Klar zu werden. Wir bitten aber auch alle, die Meinungen in dem Entwurf oder in der Kritik vermissen, ihre Auffassung an dieser Stelle klarzulegen.

Vom Werdegang des Entwurfs.

Wir geben zu Beginn der Diskussion dem Genossen Heinrich Cunow das Wort, der sich als der im wesentlichen Verantwortliche für die hart und scharf angegriffene theoretische Einleitung zu dem Programm-Entwurf bekennt.

Genosse Cunow sieht den Hauptgrund für die Art der Kritik und Ablehnung, welche der Entwurf erfahren hat, in der „innern theoretischen Unklarheit und Vermischung, die in den Reihen unserer Partei herrscht: die verschiedene Beurteilung der Gegenwart und noch mehr der Zukunft, welche die wirtschaftliche und politische Entwicklung in nächster Zeit einschlagen wird; das Gefühl, daß mit dem Weltkrieg und der Novemberrevolution des Jahres 1918 eine soziale Umwälzung von größter weltgeschichtlicher Bedeutung eingeleitet hat, ohne daß doch die meisten sich über die Tendenzen dieser Bewegung auch nur in allgemeinen Umrissen klar geworden sind; die Empfindung, daß wir in eine unbekannte, von Nebeln bedeckte See hinaussteuern und daher neue Segelzeichen und Orientierungsapparate notwendig sind, andererseits doch wieder, da man nicht weiß, wohin der neue Kurs führt, ein Immer-wieder-Einleiten in den alten Kurs, ein Zurückgreifen auf alte Gedankenengänge und Formeln. Es mag vielleicht paradox klingen und ist doch wahr: niemals seit Lassalles Tagen hat in der deutschen Sozialdemokratie eine solche theoretische Verwirrung geherrscht wie heute.“

Diese theoretische Zerissenheit ist nach Cunow auch in dem Ausdrucks zum Ausdruck gekommen, der für die Bearbeitung des theoretischen Teiles eingesetzt wurde. Cunow sagt wörtlich: „In der Hauptsache liegen sich drei Richtungen unter-schieden. Erstens eine Richtung, die von wirtschafts-geschichtlichen bzw. entwicklungs-geschichtlichen Auf-fassungen ausging und von diesem Standpunkt aus eine abstrakte Kennzeichnung der in der kapitalistischen Gesellschaft sich durch-führenden Bewegungstendenzen wünschte, wie sie im Erfurter Programm enthalten ist — jedoch ohne Bezugnahme auf die sogenannte Verelendungstheorie und ohne Zukunft-sprognose. Die zweite Richtung ging im wesentlichen

von ethischen Grundfragen aus. Sie wünschte gewissermaßen unter Berufung auf Kant eine ethische Fundierung unserer Forderung der Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Die dritte Richtung ging von machtpolitischen Erwägungen aus. Sie erklärte, daß ohne Gewinnung der Bauernschaft, der untern und mittleren Beamten-schaft sowie eines größeren Teiles der Intellektuellen die Durchführung des Sozialismus unmöglich sei, da die Entwicklung nicht jene Richtung eingeschlagen habe, die Marx prognostiziert habe. Die Entwicklung laufe keineswegs darauf hinaus, zwei große Gesellschaftsklassen zu schaffen, eine Unternehmer-kasse und eine immer mehr anschwellende, die große Mehrheit des Volkes umfassende Arbeiterklasse. In der Landwirtschaft die Durchführung des Sozialismus unmöglich sei, da die Entwicklung nicht jene Richtung eingeschlagen habe, die Marx vorausgesagt habe, nicht eingetreten. Es seien große Zwischenschichten, wie z. B. die Kleinbauernschaft, die selbständigen Kleinhandwerker vorhanden, die wir nicht entschenden könnten. Wollten wir aber diese heranziehen, müßten wir auch ihre Interessen berücksichtigen und dürften uns nicht als bloße Vertreter der Arbeiterinteressen (oder gar nur der Industriearbeiterschaft) einführen und den allgemeinen Klassenkampf verkünden.“

Eine Subkommission von drei Personen wurde eingesetzt, die vor die Aufgabe gestellt wurde, einen neutralen theoretischen Boden zu finden, der den drei Auffassungen Rechnung trug. Nach einigen Streichungen und Veränderungen ergab sich dann die Einigung auf den Cunow'schen Entwurf, der in dem größeren Ausschuss noch einige Abänderungen erfuhr. Cunow ist der Auf-fassung, daß, wenn auch einige kleine Änderungen ratsam seien, die neue theoretische Programm-einleitung weit besser ist und den wissenschaftlichen Erfahrungstatsachen weit besser entspricht als die des Erfurter Programms.“

Kritiker der theoretischen Einleitung.

Um die theoretische Einleitung des Programm-entwurfs ist ein heftiger, mit Leidenschaft geführter Streit ent-brochen. Friedrich Stampfer geht in seiner Kritik von der Darlegung eines Mißverständnisses aus, dem der Genosse Eduard David bei einer Untersuchung der agrar-politischen Forderungen des Entwurfs erlegen ist und sagt, daß damit ungewollt die allerjüngsten in mitem Schäden dieses Entwurfs angedeutet seien. Er fragt, ob ein Programm-entwurf, der selbst einem gelehrten Parteitheoretiker Anlaß zu solchen Miß-verständnissen bietet, den an ihn zu stellenden Anforderungen ge-nügt. So kommt Stampfer zu dem Schluß, daß man das Ganze bestenfalls als Rohmaterial verwenden könne, aus dem das neue Parteiprogramm erst aufgebaut werden müsse. „So wie er ist, wirkt der Entwurf in der Fülle und Unübersichtlichkeit seines Materials geradezu verwirrend.“ Der organische Fehler des Entwurfs liegt darin, daß er ein Mittelglied zwischen einem Ver-kenntnisprogramm und einem Grundbuch ist.

Die Sache wäre noch einigermaßen besser, wenn der ein-leitende Teil ein einigendes geistiges Band zwischen den ver-schiedenen Gliedern darstellen würde. Das ist aber leider nur in unzureichendem Maße der Fall. Dieser einleitende Teil soll ein Bekenntnis sein, er soll in knapper, klarer Weise zu-sammenfassen, was heute das geistige Gemeingut in un-serer Partei darstellt. Dazu war es vor allem notwendig, den Streit zwischen Materialität und Teleologie zwischen un-bewußtem Werden und bewußtem Handeln zur Schlichtung zu bringen und mit möglicher Klarheit zu sagen, was die Partei von der Entwicklung und was sie von sich selber er-wartet.

Der Grundgedanke des Erfurter Programms, daß die Partei bewußtes Werkzeug einer wissenschaftlich er-kannten Entwicklung sein müsse, war richtig, er verlangte je-tzt aber eine andre Ausführung. Der Entwurf mußte eine Lösung der Frage finden, ob der Sozialismus etwas ist, was gemacht werden kann, oder ob er etwas ist, das wird und in seinem Werden bewußt gefördert werden soll. Er hätte auf die wachsende Begehrtheit des Staates über die Wirtschaft hinweisen dürfen — auf das, was Kautsky die „Durchstaubung“ nennt — wenn es im Augenblick nicht selbst für So-zialisten gar so unmodern wäre, den Staatsgedanken in der Wirtschaft lebendig werden zu lassen, wenn wir nicht gar so viel Beschwerden gehört hätten, mit der Sozialisierung (die auf diese Weise erst recht schmerzhaft wird) sei um alles in der Welt durchaus keine „Verstaatlichung“ gemeint. Nämlich, in ein sozialdemokratisches Programm würde die Erkenntnis hinein-reiseln, daß ohne einen Staat, der wirtschaften kann, Sozialismus überhaupt nicht möglich ist, und daß es unsere Aufgabe sein muß, den Staat zur Lösung seiner sozialwirtschaftlichen Aufgaben tüchtig zu machen.“

Für Hermann Wendel („Die Glocke“, Nr. 18) bringt die grundsätzliche Einführung „eine Enttäuschung in Reich und Boden“, ein Jammer ist es! Wohl wurde jedes Säbchen auf der Arbeitsebene der reinen Wissenschaft anständig abgemessen, damit ja keine Staubkorn fahrende Kritik etwas daran ausfinden kann und weder der „naturwissenschaftliche Untergrund des Klein-betriebs“ noch die „zunehmende Verelendung der Massen“ wird künftig Anlaß erregen. Aber was die unwürdige Kraft des Er-furter Programms ausmachte, daß es den Arbeiter als Willens- und Tatmenschen in ein Weltbild mitten hineinsetzte, hat sich zu-gleich bis auf den letzten Rest verflüchtigt. „... daß die Arbeiter-partei als Träger einer notwendigen historischen Entwicklung auf-trete, daß hinter ihrem Willen und Wirken der Geschichte ebrenes Maß stehe, von diesen nicht „katastrophischen“, sondern behütenden Gedanken enthält der Programm-entwurf keine Silbe, keine Silbe davon, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, der Klassenkampf das Mittel zur Erreichung des Zieles ist, und daß die Er-oberung der politischen Macht als Etappe auf dem Wege liegt. ... Aber daß ein Programm, das scharfe Begriffsbestim-mungen verlangt, nach Möglichkeit das Wort Arbeiterklasse vermeidet und sich stattdessen gern mit „arbeitendem Volk“, „merktäglichem Volk“, „merktäglicher Bevölkerung“ behilft und sich über den Klassenkampf überhaupt ausschweigt, das weiß auf jeden Fall den recht peinlichen Eindruck, als schene neuerliche sozialdemokratische Weisheit die alten Lösungen aus der Zeit, da die Sozialdemokratie sich noch als revolutionäre Proletarierpartei fühlte, und man kann es Georg Bernhard (Ter-zebatur der „Kosmischen Zeitung“, Red.) wachhaftig nicht ver-danken, wenn er aus diesem Dokument den trotz allem hoffentlich-lichen Schluß zieht: Die Sozialdemokratie ist zu einer refor-mistischen Kleinbürgerpartei geworden!“ Hermann Wendel wünscht, daß der örtliche Parteitag über den Ent-wurf erst gar nicht diskutiere, sondern ihn einfach in den Papier-ford werfe.

In ähnlicher Richtung wie die Kritik Hermann Wendels be-wegen sich die Ausführungen von Heinrich Ströbel an ver-schiedenen Stellen. Auch er findet, daß im neuen Entwurf eine „Scheu vor dem unzweifelhaften Bekenntnis zum alten Sozialis-mus marxistischer Prägung“ herrscht, und bedauert, daß nicht vom Klassenkampf gesprochen wird.

Robert Gröschel schließt aus dem Richterurteil des aus-drücklichen Vermerks zum Klassenkampf, daß der „Geist kraft-loser Kompromisselei und Verschönertheit“ in der Programm-kommission gehaucht habe.

Genosse Frellich, der sächsische Wirtschaftsminister, schlägt mit Dreifachelei drauflos und verlangt ungefüllt ein „Bekennt-nis zum Klassenkampf in unverfälschter Reinheit“.

Max Duard teilt mit, daß in Frankfurt a. M. von Parteigenossen angenommen wurde, daß die Programm-kommission den „Klassenkampf“ mechanisieren wolle, weil der be-treffende Satz des Erfurter Programms nicht wieder aufgenommen sei.“ Er bedauert, daß man dort nicht geprüft habe, ob die Sache auch ohne das Schlußwort sehr deutlich bezeichnet sei.

Heinrich Cunow macht in der „Neuen Zeit“ (Nr. 19) aller-dings ausdrücklich darauf aufmerksam, daß im neuen Entwurf „eine veränderte Auffassung der Bedeutung des Klassenkampfes für die Durchführung des Sozialismus“ steckt.“

Es sind aber auch Stimmen laut geworden, welche die theo-retische Einleitung in der vorliegenden Formulierung der Pro-grammkommission ganz oder zum Teil anerkennen. So spricht Eduard David im „Vorwärts“ (Nr. 336) von dem „in der Ein-leitung weit ungenügend, in absehbarer Zeit durchführbaren Maße der Sozialisierung“, und die Redaktion der Rheinischen Zei-tung in Köln stellt fest, daß die Auffassung des Genossen Cu-now mit der ihrigen übereinstimmt.

Wirtschaftspolitische Forderungen.

Herbe Kritik wird auch an den wirtschaftspolitischen Zeit-fähigkeiten und Forderungen des Programm-entwurfs, wofür Genosse Robert Schmidt verantwortlich zeichnet, von verschiede-nen Genossen geübt. Zu dem Problem der Wirtschaftspolitik sind auch sofort positive Gegenentwürfe von den Genossen Wiffell und Woldt gemacht worden, die so rechtzeitig vorliegen, daß sie noch in den Kommentaren aufgenommen wurden. Beide sind be-kannt als Vorkämpfer der Planwirtschaft und der Wirt-schafts-demokratie. Sie finden jene Gedanken praktisch zu-verwirklichen, die zusammengefaßt in dem Schlußwort von des „konstitutionellen Fabrik“ schon vor 1900 von David, Wolt-mann, Elm u. a. ausgesprochen und vertuscht und die im Betriebsrätegesetz rascher in die Tat umgesetzt wurden, als sicher die überaus große Mehrzahl jener Arbeiter für möglich hielt, die im Jahre 1913 die Vorträge von Richard Woldt über den modernen Großbetrieb hörten. Die Programm-fähigkeit der beiden Genossen lautet:

1. Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie wird von dem seitenden Grundgedanken getragen, das Interesse der Allgemeinheit dem Interesse des einzelnen oder einzelner Erwerbsgruppen voranzustellen. Ihr Ziel ist die sozialistische Gemeinwirtschaft.

2. Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt wirtschafts-politisch die Abschaffung aller Klassenprivilegien, die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes und der Ausbeutung jeder Art menschlicher Arbeit.

3. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Maßnahmen zur Selbstmasseinerung der Wirtschaft in der Ausübung der Rohstoffe, der Ausgestaltung der Betriebsmittel und der organisatorischen Verbesserung der Gesamtwirtschaft bis zum höchsten Wir-kungsgrad zu fördern. Vor allen Dingen soll der Mensch in seiner Arbeitskraft vernünftig, das heißt sozial ausgewertet wer-den. Der rationalen Arbeiterschaft haben wir eine soziale Menschenökonomie entgegenzusetzen.

4. Der Weg zu diesem Ideal ist eine Demokratisie-rung von unten, ein geistiges, sachliches Hineinwachsen auch der Arbeitnehmer in den Aufbau einer Wirtschaft, die für und durch die Allgemeinheit organisiert werden muß.

5. In der Produktion hat die Wirtschafts-demokratie einzu-zusetzen bei der Tätigkeit der Gewerkschaften und den damit be-zugenden Betriebsräten in den Einzelbetrieben und den Be-triebseigenheiten.

6. In der Konjunktion besteht die Wirtschafts-demokratie in der Förderung der Verbrauchergemeinschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die ungenügende Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben.

7. Die Wirtschafts-demokratie findet ihre höchste Spitze in dem Wirtschaftsparlament der Arbeit, das sich im organischen auf die Gemeinwirtschaft gerichteten Aufbau an der Perfektion der Produzenten- und Konsumenteninteressen ergibt.

8. Die Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische Wirtschaft, die Enteignung des privatkapitalis-tischen Reichtums und die Ueberführung in das Eigentum der All-gemeinheit sind nicht nur durch die Auswirkung politischer Machterhältnisse bedingt, sondern stellen einen Entwicklungsprozess dar; die Etappen auf diesem Wege können nur von der Arbeiterschaft in der zähen, mühsamen Aneignung der Kenntnisse und Fähigkeiten wirt-schaftlicher Selbstverwaltung erreicht werden, damit je Schritt für Schritt die Arbeit der privatkapitalistischen Unter-nemers durch die Organisation einer von allen schädlichen Einzelinteressen befreiten Gemeinwirtschaft ersetzt wird.

Die Unterschiede zwischen den Zeitfähen des Ge-nossen Robert Schmidt, die der Entwurf der Programm-kommission aufgenommen hat, und denen der Genossen Wiffell und Woldt, beruhen im wesentlichen im folgenden:

Schmidt geht vom Gedanken der Staatsmacht aus, die die Wirtschaft sozialistisch beherrschen und sich die entsprechen-den Organe schaffen muß. Wiffell und Woldt hingegen sehen die Ablösung der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht nur durch die Auswirkung politischer Machterhältnisse bedingt. Die Wirtschafts-demokratie soll vielmehr ihre höchste Spitze in einem Wirtschaftsparlament der Arbeit (siehe Punkt 7) finden.

Von den Kritikern der wirtschaftspolitischen Forderungen im Entwurf der Programmkommission scheidet an Schärfe der Kritik an manchmal recht behafteter Auswahl der Worte der Genosse Frellich (Zechen) den Wogel ab, im Wettstreit mit Ströbel und Hermann Wendel. Vom einleitenden Satze sagt Frellich („Die Glocke“, Nr. 19), er klingt „ungemein-malig“ und „nebt über den Staatsgedanken gar nicht hinaus“. Er verlangt dafür einen Satz, „der in der allerbestimmtesten Form zum Ausdruck bringt, daß die Sozialdemokratische Partei

„Schlagt ihn nieder, den Hund!“ Im Nu drängte der nationalsozialistische Pöbel dem Arbeiter nach. Der „bessere Herr“, der die Menge angeführt hat, bleibt klugweise zurück. Am Lazarett ist der angegebene Pöbel — natürlich war es keiner — von der Menge umringt. Alle möglichen Verhöhnungen drückt man ihm an: „Der Lump hat „hoch Polen!“ gerufen, behauptet einer frech. Ein ganz feiger Geselle schlägt ihn hinten mit dem Stock nach dem Arbeiter. Stadtrat Menke und ein Schuhbeamter verhindern weitere Ausschreitungen. Ein Unbeteiligter, der sein Mißfallen über die feige nationalsozialistische Meute nicht unterdrücken kann, wird ebenfalls beschimpft und belästigt. Er und der Arbeiter werden von der Schupo abgeführt und zur Wache nach der Alten Ulrichstraße gebracht. Dort sammelt sich wieder ein Trupp, zwei ältere Leute heben und lägen frech drauflos, ohne überhaupt etwas von dem Vorfall auf dem Donplatz gesehen zu haben. „Paßt auf, wenn die Polen rauskommen, dann wollen wir sie verbaufen, bis sie liegenbleiben.“ So lautet die Parole. Ein Schupoamter jagt endlich das Gejindel weg.

Wirklich ein „erhebender“ Verkauf für eine so ernste wichtige Kundgebung. Keine nationale Würde, die dabei jutage trat, überlassen wir Sozialdemokraten neidlos denen, die das Deutschland durch solche wüsten Ausschreitungen herabzuwürdigen verstehen. Daß die Interessen Oberbischleiens dadurch gefördert werden, wegen wir zu bezweifeln. Höchst merkwürdig finden wir auch das Verhalten der Schupo. Der diensttuende Offizier auf dem Donplatz nahm den Hecker, der die Menge gegen den Arbeiter aufbrachte, freundschaftlich beiseite, ging dann weiter und ließ diesen „besseren Herrn“ wieder auf die Menge los. Verhafter wurde er nicht; ebensowenig der wildgewordene Stricker, der den Arbeiter mit dem Stock über den Kopf schlug. Dafür wurden aber die beiden von dem nationalsozialistischen Pöbel angegriffenen Männer von der Schupo abgeführt.

Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

Am 9. Juni ist von den Betriebsräten der Verforgungsbehörde im Bereich des Hauptverforgungsamtes Magdeburg eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen worden, deren Aufgabe es ist, die gesamten Rentenarbeiten; insbesondere die Umanerkennung der Rente nach dem neuen Reichsverforgungsgesetz, zu fördern. Der Arbeitsausschuß führt die Bezeichnung „Bezirksarbeitsausschuß der Kriegsbeschädigtenorganisation im Bereich des Hauptverforgungsamtes Magdeburg“ und setzt sich aus je einem Vertreter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten, des Internationalen Bundes aller Kriegsoffer, des Hauptverforgungsamtes Magdeburg, der Hauptfürsorgestelle Merseburg, sowie je einem Mitgliede der Betriebsleitung des Hauptverforgungsamtes Magdeburg, des Verforgungsamtes Magdeburg, des Verforgungsstellenamtes Magdeburg und der Pensionsregulierungsbehörde 11 Magdeburg zusammen.

Die Geschäftsführung liegt in den Händen der Herren Otto Wartmann, Hauptverforgungsamt Magdeburg, und Friedrich Trautmann, Pensionsregulierungsbehörde 11 Magdeburg. Zusammenkunft nach Bedarf, mindestens aber einmal im Laufe der Woche.

Bei dieser Gelegenheit macht der Arbeitsausschuß gleichzeitig darauf aufmerksam, daß durch Mehrereinstellung von Hilfskräften die beschleunigte vorläufige Umanerkennung der Hinterbliebenen bis Ende dieses Jahres durchgeführt sein wird. In allgemeinen erfolgt die Umanerkennung von Amts wegen auf Vorschlag der Fürsorgestellen dem Grade der Bedürftigkeit entsprechend. Bei besonderen Fällen, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, schwerer wirtschaftlicher Notlage usw., wird die Umanerkennung nach Prüfung der Verhältnisse durch den Bezirksarbeitsausschuß bevorzugt erledigt. Das gleiche trifft auch für die Kriegsbeschädigten zu, doch läßt sich hier ein Endtermin über die Durchführung der Umanerkennung im voraus nicht sagen. Die Kriegsoffer unterstützen den Bezirksarbeitsausschuß in der Erfüllung seiner Aufgaben, wenn sie alle Anliegen ihrer Kriegsbeschädigtenorganisation oder der zuständigen Fürsorgestellen zur Weitergabe an den Bezirksarbeitsausschuß unterbreiten. Da sich bei allen Verforgungsämtern des Bezirks Magdeburg Interzessionsstellen gebildet haben, ist Gewähr für ein Hand-in-Hand-Arbeiten der Verforgungsämter mit dem Hauptverforgungsamt und der Pensionsregulierungsbehörde mit den Fürsorgestellen anderseits geboten.

Hunde und Hundebesitzer.

Wenn man durch die Straßen unserer Stadt geht, kann man beobachten, daß unsere Hunde nicht mehr so auf Reinlichkeit gehalten, als wie früher. Nun mag man zu einem Hunde gehen wie man will. Ob einer die Tiere lieb hat und mit ihnen umzugehen versteht oder nicht, das ergibt sich in seinem Verhalten zu den Hunden. Ein Hund ist ein treues Tier, das man lieben und schätzen muß — aber nur solange es sich mit der Allgemeinheit gut hält. Darum: Hunde, laßt euch sagen, bewahrt die Freundschaft der Menschen zu euch nicht in Feindschaft.

Die Hunde glauben an der Verdrönerung der Stadt mitzuwirken, wenn sie möglichst in allen Straßen Duzende von — das, worum es sich hier handelt, ist ja bekannt, so daß man es nicht näher beschreiben braucht — Denkmälern hinterlassen. Alle Hunde in Ehren, aber das muß man ihnen verbieten. Seitdem nun auch die Hunde höher beschützt wurden, denken diese in ihrer hundlichen Einfältigkeit, etwas Besseres zu sein als die andern Tiergattungen. Die Straße ist ihnen nicht breit genug, es muß ausgedehnt der Gehsteig als Objekt der „Verzierung“ verwendet werden.

Wenn man nun wegen dem Dun dieser Vierbeiner keine Schuße und die Straße im Auge behalten muß, kann man es der Allgemeinheit nicht verübeln, wenn die Hundereundlichkeit und Tierliebe Mißbrauch erleidet. Obwohl man sagt, es hat jeder Hund seinen „Samenbaum“, fallen sich diese Vierbeiner nicht an ihre Pflichten, sondern heben ihren Fuß auf, wo es ihnen nur paßt. Will man nur einem solchen Hund eins auswichen, dann kommt man mit dem Hundebesitzer in einen Wortkampf. Mit Energie wird der Hund von seinem Besitzer in Schutz genommen und man selbst als Tierquäler hingestellt. Daß dies aber nicht so weitergehen kann, ist jedem vernünftig denkenden Menschen, der auf Reinlichkeit und Sauberkeit hält, klar.

Es gibt für Hunde allerlei tolle Mittel, und wenn man einem Hunde von jung an eine gute Erziehung angedeihen läßt, dann findet er den Menschen oder ein anderes tilles Näschen. Darum, verehrte Hundebesitzer, haltet die Gebote der öffentlichen Reinlichkeit und Sauberkeit durch eure Hundelein mehr als bisher ein. Denkt daran, daß der Mensch eine nützliche und brauchbare Einrichtung für Hunde ist.

— Eine Frauenversammlung fand am Mittwoch im Jugendheim statt. Nach der Aussprache über die Eingänge im Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt und über die Kinder-Serviceleistungen wurde ein Frauen-Verbandsausschuß gegründet. Von jedem Bezirk kamen einige Genossinnen in Betracht, die ihre Aufgabe darin sehen müssen, durch mündliche Agitation neue Mitglieder zu gewinnen. Sie sollen auch die organisierten Genossinnen mehr als bisher zur Mitarbeit heranziehen. Zur Vorsitzenden dieses Verbandsausschusses wurde Genossin Kasper, zur Vorsitzenden des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt Genossin Cronh gewählt.

— Pferdchiebahl. Ein brauner Wallach mit Stern, 9 bis 10 Jahre alt, 1,68 Meter groß, mit rehartigem Hals und kurzer Mähne. Sattelband und gez. R. N. ein Fleck mit Fleck, links blind, und ein Schimmel, hat in der Nacht zum 12. d. Mts. in Helmstedt gestohlen worden. Die Beobachtungen haben zur Wiederherstellung der Pferde 4000 Mark Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Angaben erreicht die Kriminalpolizei, Zimmer 62.

— Hundtägiges Kopfschmerzen. Bekanntlich hat der Dörschbürgermeister Genosse Veims 10 000 Mark von seinem Gehalt für die städtische Wohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Diese Summe hat der Direktor des Wohlfahrtsamtes zu verwalten, über ihre Verwendung bestimmt eine Kommission, in der selbstverständlich unsere Partei vertreten ist. Wie wir erfahren, sollen bisher 7000 Mark ausgebracht sein. Es bedarf keiner Erwähnung, daß die Verwendung des Geldes genau kontrolliert wird. Die „Tribüne“ zerbricht sich aber den Kopf über die Verwendung der Summe. Sie schreibt: „Werter Herr Veims! Nun möchten wir mal ganz bescheiden fragen, in welche Tasche die 10 000 Mark geflossen sind?“ — Die „Tribüne“ macht sich ganz unangenehm Kopfschmerzen. Wie wir aus unbedingter zuverlässiger Quelle erfahren, besteht nicht die Absicht der „Tribüne“ oder der kommunistischen Partei eine Anwendung aus der Summe zu machen. Man ist der Meinung, daß diese schon von Moskau so gut gestellt sind, daß sie die städtische Wohlfahrtspflege nicht brauchen. Sie können also bestimmt nichts erben. Wogu regen sie sich eigentlich an?

Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag den 16. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Wilhelmspark“

Generalversammlung

Genosse Dr. Adolf Braun spricht über:

Unser Parteiprogramm

Wahl von 2 Delegierten zum Parteitag.

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitglieds-Nachweises.

— Die Jugend und die Partei. Die internationalen Jugendtage in Bielefeld sind vorüber. Die Jugend ist heimgekehrt und hat mit ihrer überlebenden Freude viel Sonne in seine und frühere Arbeiterwohnstätten getragen. Aber damit gibt sich unsere Jugend nicht zufrieden. Sie will in diesem Jahre wiederum Gelegenheit nehmen, in einer öffentlichen Versammlung von der Freude und der ernsten Arbeit, die Bielefeld gebracht hat, zu erzählen. Die Parteimitglieder, Jungsozialisten, Eltern und Freunde unserer Jugend sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen. Sie findet am Freitag den 19. August, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Auguststraße, Viktoriastraße, statt. Die Probleme, mit der sich die Bielefelder Tagung beschäftigt hat, sind von allgemeinem Interesse, so daß tüchtige Parteimitglieder in die Versammlung kommen müssen. Ein Bericht von der Reichskonferenz der Jungsozialisten wird an diesem Abend ebenfalls gegeben. Schon reichlich berichtet wir, wie die Magdeburger Jungsozialisten dem Ergebnis ihrer ersten Reichskonferenz gegenüberstehen. Wer über Bielefeld hören will, wer unsere Arbeiterjugend kennenlernen will, der komme am Freitag in die Versammlung der Jugend.

— Die Sicherheit der Sparfassen. Von unverantwortlicher Seite wird in letzter Zeit die Nachricht verbreitet, daß auch „Sparfassen nicht mehr sicher“ sind und daß von den gesamten Spareinlagen 10 Prozent Steuer einbehalten würden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß durch solche Ausstellungen eine Benutzungsung in die Sparerkasse hineingetragen wird, was daraus herborgeht, daß es nicht an unmittelbaren Beiträgen bei den Kassen fehlt, inwiefern die Nachricht zutrifft. Sinter diesen Ausstellungen stehen durch die Kräfte, denen die Einzahlung der deutschen Sparfassen ein Dorn im Auge ist, und die jede noch so unpassende Gelegenheit benutzen, die unbedeutend sichere und auch bei dem erweiterten Geschäftsbetrieb zuverlässig und unbedingte mündeliche gebliebenen öffentlichen Geldanstalten herabzuwürdigen. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß von den Spareinlagen 10 Prozent als Kapitalertragssteuer abgezogen werden. Der Abzug der Kapitalertragssteuer erfolgt nicht von dem Kapital selbst, sondern von dem Kapitalertrag, den Zinsen. Hat jemand bei einem Kapital von 1000 Mark einen Zinsanspruch von 35 Mark an die Sparkasse, so werden von diesem Zinsanspruch 10 Prozent gleich 3,50 Mark gekürzt. Diese Gehaltskürzung bezieht sich naturgemäß nicht nur auf die Zinsen der Spareinlagen, sondern auf alle Kapitalerträge. Jeder, der sein Geld zur Sparkasse bringt, hat unter Gewährleistung des betreffenden Kommunalverbandes einen Rechtsanspruch auf unbedingte Rückzahlung des eingezahlten Betrags und auf die Gewährung des nach der Zahlung vorgesehenen Zinsfußes. Es liegt daher nicht der geringste Anlaß zu einem Zweifel an der unbedingten Sicherheit der Sparfassen vor.

— Neuer Kartoffelpreis. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln beträgt ab 13. August für weiße 53 bis 55 Mark und für rote Kartoffeln 50 bis 53 Mark für den Hektar. Hoffentlich haben wir jetzt einen Preissturz im Kleinhandel zu erwarten.

Metallarbeiter G. P. D.

Dienstag den 16. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, im „Konzertsaal“, Leipziger Straße

Versammlung

Kollegen und Genossen es müssen Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt werden.

— Niemand darf fehlen!

Partei- und Gewerkschaftsbund legitimiert.

— Neue Vorschriften für die Ausbildung in der Krankenpflege sind vom Minister für Volkswohlfahrt herausgegeben worden. Durch die wird die bisher einjährige Ausbildung auf zwei Jahre ausgedehnt, um eine verteilte Schulung der Krankenpflegepersonen zu erzielen. Zu diesem Zweck sind weitere Bestimmungen über ausreichende theoretische Unterweisung getroffen, die darauf abzielen, daß der Unterricht überall mit der gebotenen Gründlichkeit und von geeigneten Personen erteilt wird. Der Ausbildungsplan und dem entsprechend die Prüfungsgegenstände bleiben im allgemeinen dieselben wie bisher, doch soll den anzuwendenden Krankheiten der Tuberkulose und den Geschlechtskrankheiten vermehrte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Entsprechend der vor einiger Zeit ergangenen neuen Desinfektionsanweisung soll ferner die Bedeutung der Desinfektion am Krankenbett und der Schutzespritzen ausreichend gelehrt werden; auch Säuglings- und Kleinkinderpflege sind mehr wie bisher zu berücksichtigen. In den Prüfungsarbeiten sollen ferner die Kenntnisse der praktischen Krankenpflege in den verschiedenen von etwa 5 Jahren. Es soll erreicht werden, daß in den Krankenanstalten zunächst nur noch vorzugsmäßig ausgebildetes Personal beschäftigt wird.

— Lohnbewegung der Bauarbeiter. Bezirksverein Magdeburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Am 10. August nahm eine stark besuchte Versammlung zu dem vom Bezirkslohnamt in Halle gefällten Schiedsspruch Stellung. Nach langer und hitziger Aussprache stimmte die Versammlung dem Schiedsspruch mit der Bedingung zu, daß so halb wie möglich erneute Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über weitere Lohnsteigerungen anzubahnen sind. Die Lohnsteigerung beträgt auf Grund des Schiedsspruchs von Halle 83 Pf. die Stunde. Die Versammlung stimmte einem Antrag zu, wonach das Gewerkschaftsamt bei der einsetzenden Brot- und Kartoffelknappung sofort zur Aktion aufzurufen hat. Sollte das nicht gelingen, so sind dem Gewerkschaftsamt die Beiträge und Delegierten zu entziehen. Dasselbe wird vom Gewerkschaftsbund verlangt, ebenso vom Verbandsvorstand.

— Warnung vor falschen Einkommensteuermarken. Bei der Ausdehnung der Fälligkeiten von Einkommensteuermarken vor einigen Monaten ergaben die Ermittlungen der Polizei, daß Zahlreiche kleiner Betriebe und Angestellte von Großbetrieben falsche Marken in großer Menge erworben hatten. Es wurde bereits öffentlich gemacht, die falschen Steuermarken weiter zu Heben. Trotzdem aber werden sie, wie inzwischen viele Revisionen ergeben haben, immer noch weiter verwendet. Die als falsch erkannten Marken werden vernichtet und müssen durch echte ersetzt werden, und gegen alle, die sie verwendet haben, wird jetzt außerdem noch ein Strafverfahren eingeleitet.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 31. Juli bis 6. August 1921 die Zahl der Einschreibungen 62; der Lebendgeborenen (Vorwoche) 64 männliche, 53 weibliche, zusammen 117; der Gestorbenen 48 männliche, 46 weibliche, zusammen 94, darunter Kinder im 1. Lebensjahr 16 männliche, 12 weibliche, zusammen 28; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar: Scharlach 4 (Babst — anwärts), Diphtherie und Krupp 3 (—), Unterleibspest 3 (—), Kindbettfieber — (—), Ruhr 8 (—), Geistesstarr — (—).

— Volkliche Schulen. Volkliche Schulen bestehen nach dem „Zentralblatt des Bundes der freien Schulforschenden Deutschen“ bisher veröffentlichten Angaben in folgenden Orten: Varnum 5 Schulen mit 40 Klassen, Möln 5 Schulen mit 40 Klassen, Dinslaken 1 Schule mit 7 Klassen, Dortmund 1 Schule mit 8 Klassen, Elberfeld 7 Schulen mit 71 Klassen, Freiburg i. S. 1 Klasse, Hohenheim bei Stuttgart 2 Schulen mit 4 Klassen, Schlad 2 Schulen mit 18 Klassen, Rothhausen 1 Schule mit 9 Klassen, Schürzen i. W. 2 Schulen mit 8 Klassen, Weihen i. Schl. 1 Schule mit 11 Klassen, Wüstenbrand 1 Klasse, Wülfsdorf 2 Schulen mit 23 Klassen, Remscheid 5 Schulen mit 30 Klassen, Linden o. d. R. 1 Schule, Drauburg in Brandenburg 3 Schulen, Quer-Bassel 4 Klassen. Für die Stadt Hannover ist vorläufig die Errichtung zweier volklicher Schulen zu Oktober d. J. beantragt.

— Was steht dahinter? Bei der Firma Louis Böhme wurde telephonisch eine Manufaktur im Werte von 200 bis 300 Mark für einen Professor in der Hindenburgstraße bestellt. Als ein Angestellter der Firma das Bestellte brachte, erklärte der Professor, nichts von einer Bestellung zu wissen. Es brachte aber zu gleicher Zeit eine Angestellte von einem Wäschegeschäft Schmidt, die ebenfalls nicht bestellt waren. Dann kam noch ein Fräulein von einer weiteren Firma mit Blumen und ein Bote von einer vierten Firma mit Damenschirmen. Es war in dem Hause nichts von alledem bestellt. Man vermutet, daß ein Spionhieb hier eine Falle aufgestellt habe, aber sein Ziel nicht erreichen konnte. Sein Plan wurde dadurch vereitelt, daß der Herr, dessen Adresse benutzt war, vom ersten Boten angetroffen wurde und die Sache aufklärte. Die Spionhüben haben nicht verstanden, „ihre Leute“ abzufangen, ihnen die Sachen abzunehmen, um durch einen zweiten Ausgang, der leicht zu erreichen ist, mit der Seite das Werk zu jagen.

— Unfall. Der Schüler Willi N., wohnhaft Schmidstraße 8, war am Sonntag nachmittag auf dem Nikolaplatz auf einen Baum gestiegen, fiel herunter und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Mit einem Krankentransportwagen wurde der Verletzte der Krankenanstalt Altstadt zugeführt.

— Lebensmüde. Der Bäcker Heinrich J., wohnhaft Alexanderstraße 19, war am Sonntag nachmittag aufsteigend in selbstmörderischer Absicht am Petrihof in die Erde gegangen. Er wurde von Passanten noch rechtzeitig an Land gebracht und dann mit einem herbeigerufenen Sanitätswagen der Krankenanstalt Altstadt zugeführt.

— Gestohlen wurden: aus einer Gartenparzelle an der Ende-Kaserne eine etwa 1/2 Meter hohe Wasserpumpe; aus einem Kleiderladen am Breiten Weg größerer Posten Speck, Talg, Mett- und Brauwurst; Fahrrad: „Orzeitor“ mit schwarzen Felgen, „Greif“ mit gelben Holzfelgen.

— Als Täter für die hier in letzter Zeit wiederholt verübten Fahrraddiebstähle in Bodenhausen kommt ein bisher noch unbekannter Mann in Frage, der selbst mit Fahrrad ankommt, es am Treppengelände des von ihm heimgekehrten Hauses mit einer Leuchte anfährt und sich darauf nach den häufig als Aufnahmungsstelle für Fahrräder dienenden Boden gelassen schießt. Er nimmt ein ihm dort in die Hände fallendes Fahrrad auf die Schulter und fährt davon. Die Kriminalabteilung macht auf diesen Spezialisten aufmerksam und erucht ihr zu seiner Ergreifung diesbezügliche Wahrnehmungen sofort mitzuteilen.

— Heberfall im Krümmen Berge. Als der Fleischer Arno Kalla bis am Sonntag abend gegen 11 Uhr den Krümmen Berg passieren wollte, wurde er plötzlich von zwei Männern überfallen und im Gesicht durch einen Messerhieb verletzt. Die beiden Männer konnten unerkannt entkommen. Die Sicherheit in dem betreffenden Straßenviertel läßt viel zu wünschen übrig, etwas mehr polizeilicher Schutz gerade in dieser Gegend wäre notwendig. Die Schupo-Posten auf dem Alten Markt sollen trotz Auforderung nichts unternehmen haben, um die Messerhieben zu verhindern. Sie hätten erklärt, sie müßten auf dem Alten Markt bleiben. Eine Untersuchung des Falles wäre notwendig.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg. Mittwoch Nord und Süd: Montag 7 Uhr Sport und Spiel auf dem Anger. — Friedrichstadt-Berder: Montag 7 Uhr Sport und Spiel auf dem Anger. — Rückau 1 und 2: Dienstag fällt der Spielabend aus. — Westerbühnen: Montag 6 Uhr Spiele für Burchen auf dem Schloßplatz. Dienstag 6 Uhr Spiele für Burchen auf dem Schloßplatz. — Für Burchen Sportabend auf dem Schloßplatz.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Wilhelm-Theater: Dienstag den 16. August abendliches „Die Scheidungsreise“. — Victoria-Theater: Dienstag „Ludwigen“, Mittwoch „Das verlorne Paradies“, Donnerstag „Die jütischen Verwandten“, Freitag „Vorst. f. d. Gem. d. Ang.“, Ludwigen, Sonnabend „Der Herr Senator“, Sonntag „Das verlorne Paradies“.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Das Fest der Künstler, wie sich das am 17. August in sämtlichen Räumen des „Lohngewerks“ stattfindende Vergnügen, verbunden mit Varietés-Vorstellung, Kabarettbetrieb, Sauerbrunnenbühnen- und sonstigen Heber-Entscheidungen, mehr betriebl. dürfte wohl seinen Besuchern bessere und probe-Entscheidungen bringen. Sind es nicht Meister in ihrem Fach die Künstler? Werden Sie nicht in ihren Unterhaltungsstätten schon angenehme Abende? Werden mehr Hände werden Sie sich geben ihr Künstlerfest zu einem wirklich reizvollen zu gestalten. Freunde zu jenen in die betrübten Sorgen, das ist ihr Beruf. Wünschen wir dem fröhlichen Besuch ein gutes Gelingen des Festes und einen festlichen Abend allen, die daran teilnehmen. Ein glänzender Besuch darf wohl unbedingt zu erwarten sein.

Das Zahnpulver
reinst die Zähne so vollkommen, daß schon nach kurzem Gebrauch das Aussehen derselben bedeutend verbessert wird. In allen Apotheken u. Drogerien.

„Nr. 23“

